

# Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung  
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 4 / DEZEMBER 2008  
DAS DEZA-MAGAZIN  
FÜR ENTWICKLUNG  
UND ZUSAMMENARBEIT  
[www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)



**Die Entwicklungsfinanzierung  
hinkt den Bedürfnissen  
hinterher – aber nicht nur**

**Peru: Licht am Horizont –  
auch für die Kleinbauern**

**Handel als Motor für Entwicklung:  
Riesige Interessenskonflikte,  
schwierige Umsetzung**

## DOSSIER



### Entwicklungsfinanzierung

#### Der Preis der Armutsbekämpfung

Bis die armen Länder über mehr Ressourcen verfügen um ihre Entwicklung zu finanzieren, ist es noch ein weiter Weg

6

#### Lieber ein Mikrokredit als ein vierbeiniges Sparbuch

Entwicklungsländer sind aufgefordert, Strukturreformen einzuleiten – die Schweiz unterstützt diese Bemühungen

12

#### Pionierrolle in der Rückführung von Potentatengeldern

Als einziger Finanzplatz hat die Schweiz damit begonnen, auf Banken deponierte illegale Gelder systematisch rückzuerstatten

14

# Inhalt

## «Vertrauen schaffen, Gewalt vorbeugen»

In Bosnien und Herzegowina hilft ein DEZA-Projekt mit, eine bürgernahe Polizei zu schaffen

24

## FORUM



### Handel als Motor für Entwicklung

Handel fördert Wohlstand und Frieden – doch nur unter den richtigen Rahmenbedingungen

26

### Ungeborenes Kind

Die haitianische Schriftstellerin Evelyne Trouillot über eine werdende Mutter, Panik und unbändigen Lebenswillen

29

## HORIZONTE



### Von der Inka-Nuss zum Bio-Commerce

Peruanische Kleinbauern produzieren Produkte, die in den Industrieländern im Trend liegen

16

### Die Stadt der Unsichtbaren

Albino Ruiz Lazo über seine Heimatstadt Lima und die «Cholostocracia»

20

## KULTUR



### Neues Leben für die «Toten Städte»

Ein einzigartiges Entwicklungsprojekt verbindet in Syrien – mit drei Wanderwegen – Kultur, Gouvernanz und Umwelt

30

## DEZA

### Schreckensbilder aus dem Süden

Martin Dahinden, Direktor der DEZA, über die Diskrepanz zwischen dem, was in den Medien über Entwicklungsländer berichtet wird und dem dortigen Alltag

21

### Hirten nutzen Nothilfe für Neuanfang

Die DEZA unterstützte in der Mongolei in Existenznot geratene Hirtennomaden mit Barzahlungen – eine Erfolgsgeschichte

22

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich sind... Adaptation und Mitigation	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.



## Die Armen sind reich. Wenn sie bloss etwas davon hätten!

Vorurteile halten länger. Bestärkt von Politikern und Medien, die keinen guten Faden an der Entwicklungszusammenarbeit lassen, glauben viele Schweizerinnen und Schweizer, Unmengen Geld aus dem Norden fliessen in die Länder des Südens. Dort werde es von Mammutprojekten verschlungen und praktisch vollständig von ein paar Potentaten und ihrer Leibgarde veruntreut. Dass solche Dinge vorkommen, ist unbestritten, alles andere zu glauben wäre naiv; wir leben schliesslich nicht im Paradies.

In zu vielen Entwicklungsländern ist «Gute Regierungsführung» nicht die Regel, und Demokratie und Dezentralisierung müssen noch grosse Fortschritte machen. Armut bekämpfen, lebensnotwendige Bedürfnisse abdecken, Zugang zu Bildung und Gesundheit schaffen – all das sind Herausforderungen für die Welt als Ganzes.

Eine andere, von der breiten Öffentlichkeit weniger beachtete Wirklichkeit gibt es allerdings auch noch, nämlich diejenige des Süd-Süd-Austauschs und der nordwärts fliessenden (Finanz-) Ströme. Das Dossier über die Entwicklungsfinanzierung in der vorliegenden Ausgabe von «Eine Welt» verweist auf erstaunliche Zahlen. Zum Beispiel darauf, dass die armen Länder Nettokapital-exporteure sind. Aufgrund von Schuldendienst, Heim-schaffung der Gewinne durch die multinationalen Konzerne, Kapitalflucht und Steuerumgehung fliesst mehr Geld vom Süden in den Norden als umgekehrt.

Da liegt der Haken. Diese hunderte Milliarden Franken, Dollar oder Euro sollten nicht in den Norden zurückfliessen. Sie müssen im Süden bleiben, wo die Entwick-

lungsländer solidere finanzielle Ressourcen benötigen, um die Armut effizient und in grossem Massstab zu bekämpfen und sich den Millenniumsentwicklungszielen der UNO annähern zu können. Dieser schwierigen Aufgabe widmet sich sechs Jahre nach der Verabschiedung des Monterrey-Konsenses zur Entwicklungsfinanzierung das Gipfeltreffen, welches Anfang Dezember in Doha stattfindet.

Garantiert ist dessen Erfolg nicht, die Hindernisse sind beträchtlich. Es geht zunächst um nichts weniger als darum, ein faires Handelssystem zu schaffen und die internationalen Finanzinstitutionen umzugestalten. Damit die armen Länder besser von ihren eigenen Ressourcen – die durchaus vorhanden sind – profitieren können, müssen sie eine ganze Reihe radikaler Massnahmen treffen. Dazu gehören Dezentralisierung der Steuererhebung und Ausweitung der Bemessungsgrundlage, Bekämpfung der Kapitalflucht, Schaffung rechtlicher Grundlagen, die westliche Investoren anziehen können, Verstärkung der «Banken der Armen», die sich mit Mikrofinanz beschäftigen, Rückgabe illegaler Gelder sowie die Suche nach innovativen Finanzierungslösungen.

Um den finanziellen Aderlass zu stoppen, müssen die in Doha versammelten Experten einerseits den Mut haben, die Probleme tatsächlich anzupacken und andererseits verwegen genug sein, drastische Lösungen durchzusetzen. Wenn die armen Länder etwas weniger arm sein sollen, wird das seinen Preis haben.

*Jean-Philippe Jutzi*  
Pressesprecher





Martin Roemer/afp

## Alt in Entwicklungsländern

(bf) Heute leben 100 Millionen ältere Menschen auf der Welt von weniger als einem Dollar am Tag, und 80 Prozent der Älteren in Entwicklungsländern haben kein reguläres Einkommen. Mitte dieses Jahrhunderts werden weltweit vier von fünf der über 65-jährigen in Entwicklungsländern leben. Dies belegt eine neue Studie des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA), welche insbesondere die Lebensformen Älterer, ihre ökonomische Absicherung und die gesundheitliche Situation älterer Menschen in Entwicklungsländern unter die Lupe genommen hat. Gemäss den Autoren gehen die meisten älteren Menschen in Entwicklungsländern, die in Armut leben, davon aus, bis weit in das hohe Alter hinein zu arbeiten; sie gehören zu den materiell am schlechtesten gestellten Bevölkerungsgruppen und leiden übermässig an Hunger. Darüber hinaus ziehen sie oft als Grosseltern die verwaisten Enkel auf, was wiederum – durch die ungenügende Ernährungs- und Wohnsituation – eine noch schlechtere Gesundheit als bei ihren Altersgenossen nach sich zieht.

## Buscharzt-Mangel

(jls) Auch wenn ein Drittel von ihnen arbeitslos sind, bleiben die madagassischen Ärzte lieber in

der Stadt, als ihre Zelte auf dem Land aufzuschlagen. Sie fürchten sich vor schlechter Infrastruktur und Unsicherheit und glauben, dass sie dort – wegen der grassierenden Armut der Bevölkerung – kaum ihren Lebensunterhalt verdienen können. Seit 2004 haben sich dennoch rund fünfzig junge Mediziner fernab der Städte niedergelassen, dreissig weitere werden folgen. Die französische Organisation Santé Sud bereitet sie auf ihre Aufgabe als Allgemeinmediziner in abgelegenen Gebieten vor und rüstet sie mit einem Starterkit aus, das unter anderem Material für kleine chirurgische Eingriffe enthält. Fünf Monate nach Aufnahme seiner Tätigkeit stellt Ridiara Randriamparany, einer dieser Ärzte, glücklich fest, dass seine Praxis selbsttragend ist. Er verdient umgerechnet 350 Euro pro Monat, rund dreimal so viel wie seine Berufskollegen im öffentlichen Dienst. Seine Behandlungen sind praktisch für alle erschwinglich, er hat deshalb grossen Zulauf, und die Erträge steigen entsprechend.

## Reistyrannie in Senegal

(jls) Bis vor kurzem fiel die Wahl senegalesischer Konsumentinnen und Konsumenten systematisch auf importiertes Getreide, da dieses viel billiger

war als lokal produziertes. Aufgrund der Welternährungs-krise betrachten sie nun kritischer, was auf ihre Teller gelangt, denn der Preisunterschied wird immer kleiner. Im ersten Halbjahr 2008 stieg der Preis für importierten Reis um 40 Prozent, während beispielsweise Hirse und Mais aus lokaler Produktion nur 15 Prozent teurer wurden. Reis wird in Senegal zur Hauptsache importiert und ist zum Grundnahrungsmittel geworden. Mehrere Initiativen versuchten, die Konsumenten von der «Reistyrannie» zu befreien, doch Reis hat den Vorteil der einfachen und raschen Zubereitung. In Dakar nahmen nun rund hundert Schülerinnen und Schüler zweier Primarschulen am Projekt «Lokal essen» teil, bei dem sie einheimische Lebensmittel kennen lernen konnten. Zweimal pro Woche kochten und assen sie Speisen aus lokal produziertem Getreide und erarbeiteten Rezepte, die Thiébou Dieune, das allgegenwärtige Reis-Fisch-Gericht, ersetzen könnten.

## Kameruner Hühner im Aufwind

(jls) Die Invasion tiefgekühlter Poulets aus Europa hatte die Geflügelzucht in Kamerun ihrer Existenzgrundlage beraubt und



Ron Gang/Still Pictures



## Das Einkaufswägelchen

zwischen 1994 und 2003 fast 110000 Arbeitsplätze vernichtet. Aufgrund der Sensibilisierungskampagne einer Bürgerinitiative schränkten die Behörden den Import stark ein und verboten ihn 2007 schliesslich ganz. Diese Massnahme kam den Geflügelzüchtern vor Ort entgegen, die wieder grosse Produktionsmengen absetzen können und vom Staat subventioniert werden. Die Konsumentinnen und Konsumenten sind vom Verbot weniger begeistert. Manche trauern den billigen Stücken nach, die früher zu Schleuderpreisen angeboten wurden, auch wenn die hygienischen Bedingungen jeder Beschreibung spotteten. Huhn aus Kamerun wird heute ganz und lebend verkauft und kostet doppelt so viel wie einst die tiefgefrorenen Produkte.

Ausserdem muss man es selber töten, rupfen, putzen und zerteilen. Bis Ende 2008 sollen nun professionelle Schlachthanlagen vorhanden sein, so dass die Händler in Kürze Pouletstücke aus lokaler Produktion anbieten können.

### Schluss mit Barfuss in Ruanda

(jls) Ob sie wollen oder nicht, die Ruander gewöhnen sich daran, Schuhe zu tragen, weil sie das Gesetz seit 2006 dazu verpflichtet. Zuvor lief man auf dem Land fast überall barfuss herum. Schuhe zog man nur bei Familienfesten oder für den sonntäglichen Kirchgang an. 2006 schlossen die Bezirksbürgermeister «Leistungsverträge» mit dem Präsidenten der Republik ab. Sie verpflichteten sich insbesondere, bestimmten

Regeln im Gesundheitsbereich Achtung zu verschaffen. Dazu gehört das Schuhobligatorium, eine Massnahme zum Kampf gegen Krankheiten infolge mangelnder Hygiene und zur Vermeidung von Verletzungen durch spitze Steine oder scharfe Gegenstände. Viele Dorfbewoh-

ner kauften sich aus Kenia importierte Plastiksandalen. Eine ideale Lösung ist das jedoch bei weitem nicht: «Trägt man sie geschlossen, können sie bei Hitze Allergien und Fusspilz auslösen», erklärt der Arzt Martin Nteziryayo vom Krankenhaus Nyanza.



Delel Telemans/Paros/Strates







# Der Preis der Armutsbekämpfung

Sechs Jahre nach der Verabschiedung des Monterrey-Konsenses hinkt die Entwicklungsfinanzierung den Bedürfnissen immer noch weit hinterher. In manchen Bereichen wie bei der Schuldenerleichterung sind Fortschritte zu verzeichnen. Bis die armen Länder über mehr finanzielle Ressourcen verfügen, ist es aber noch ein weiter Weg. Von Jane-Lise Schneeberger.

Armut und Hunger eindämmen, Kindersterblichkeitsrate senken, Grundschulausbildung für alle sicherstellen, Ausbreitung von Aids stoppen – dies sind nur einige der insgesamt acht Millenniums-entwicklungsziele, die bis 2015 erreicht werden sollen. Doch wie soll die Umsetzung dieser Ziele finanziert werden? Diese Frage stand bereits 2002 im mexikanischen Monterrey im Zentrum der Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung.

Die UNO-Mitgliedsländer hatten damals alle öffentlichen und privaten Ressourcen geprüft, die sich auf nationaler und internationaler Ebene mobilisieren liessen. Daraufhin unterzeichneten sie ein Übereinkommen, welches auf der Aufteilung der Aufgaben zwischen Norden und Süden beruht, und daran erinnert, dass «jedes Land die Hauptverantwortung für seine eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung trägt».

## Zuerst Übereinkommen, dann Vertragsbruch

Im Übereinkommen verpflichteten sich die Länder des Südens dazu, ihre eigenen finanziellen Ressourcen zu aktivieren. Die Länder des Nordens versprachen ihrerseits, die Wirksamkeit der öffentlichen Entwicklungshilfe (Official Development Assistance ODA) zu verbessern und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens dafür aufzuwenden – ein von der UNO seit 1970 festgelegter Wert – und gleichzeitig die Schuldenlast der ärmsten Länder zu reduzieren. Der Monterrey-Konsens empfahl ausserdem die Mobilisierung internationaler Ressourcen, insbesondere ausländischer Direktinvestitionen, die Schaffung eines fairen Handelssystems sowie die Reform der internationalen Finanzinstitutionen.

Vom 29. November bis 2. Dezember 2008 findet nun in Doha (Katar) wiederum ein Gipfel statt, um die bisher erzielten Fortschritte entlang der sechs Haupthandlungsfelder zu beurteilen. Doch schon im Voraus ist klar, dass die Resultate hinter den Erwartungen zurückbleiben. Mehr noch: Norden und Süden werfen sich gegenseitig Vertragsbruch vor.

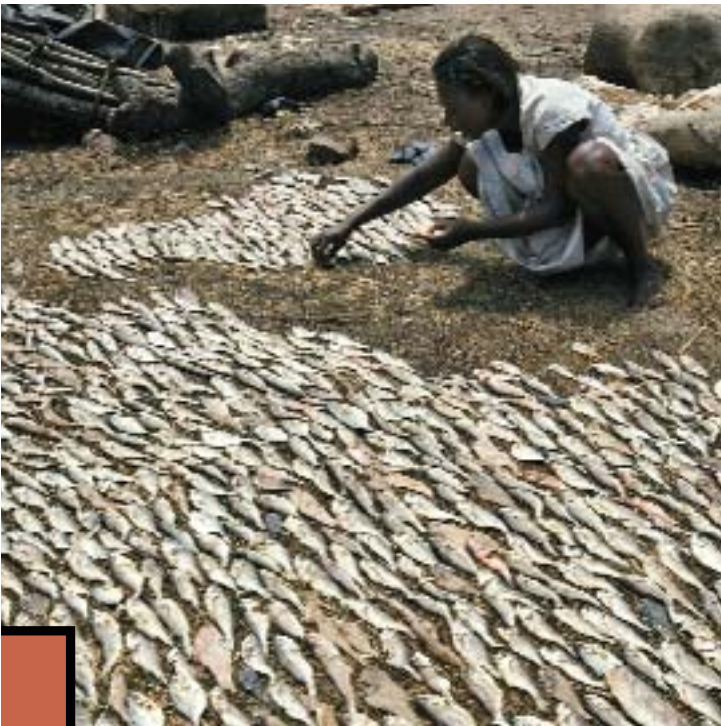
Für Pascal Raess von der DEZA-Sektion Globale Fragen und nachhaltige Entwicklung stagniert die Umsetzung des Konsenses in beiden Lagern: «Es ist richtig, dass die reichen Länder ihre ODA nicht wie versprochen erhöht haben. Fragen werfen aber auch die tatsächlich erfolgten Anstrengungen der Entwicklungsländer zur Mobilisierung ihrer eigenen Ressourcen auf.» Allerdings, sagt er, seien Fortschritte in diesem Bereich schwierig einzuschätzen. Denn die zu treffenden Massnahmen sind vorwiegend struktureller Art: Es geht um die Stärkung des Finanzsektors, die Erarbeitung einer vernünftigen makroökonomischen Politik, die Verbesserung der Gouvernanz oder die Reformen des Steuersystems.

## Entwicklungsländer bemängeln Berechnung

Die ODA hingegen wird statistisch genau erfasst. Dabei zeigt sich, dass die meisten Geberländer ihre Beiträge erhöht haben, jedoch nur fünf über die 0,7 Prozent-Schwelle hinaus gehen, nämlich Schweden, Norwegen, Dänemark, Luxemburg und die Niederlande. Das durchschnittliche Volumen der von den 22 OECD-Mitgliedsländern erbrachten Entwicklungshilfe betrug 2002 0,23 Prozent, stieg regelmässig an und erreichte 2005 0,33 und 2006 0,31 Prozent. Im vergangenen Jahr ging es auf 0,28 Prozent das heisst 103,7 Milliarden

## Illegitime Schulden abschreiben

Zahlreiche NGO vertreten, aufgrund einer 1927 von einem russischen Juristen formulierten Doktrin die Meinung, ein Staat müsse «illegitime» Schulden (Odious Debts) nicht zurückzahlen und verlangen deshalb deren Streichung. Als illegitim werden Schulden betrachtet, die ein unrechtmässiges oder despotisches Regime nicht im Interesse der Bevölkerung einging, sondern um Funktionäre zu bereichern, die Diktatur zu konsolidieren, Mammutprojekte zu realisieren usw. Den Gläubigern muss ausserdem bekannt sein, wofür die Mittel eingesetzt werden. Die meisten Länder des Nordens lehnen diese Doktrin ab, weil kein internationaler Konsens darüber bestehe. Norwegen hat als erstes Gläubigerland Verantwortung für die Entstehung illegitimer Schulden übernommen: 2006 wurden seit den 1970er Jahren ausstehende Forderungen gegenüber fünf Ländern des Südens annulliert; die Darlehen waren für den Erwerb von Schiffen gewährt worden, mit dem Hintergedanken, die krisengeschüttelte norwegische Schiffbauindustrie zu stützen.



**Ob für Fische aus Ghana (links) oder Früchte aus Indien: Für Entwicklungsländer sind faire Handelsbedingungen überlebenswichtig**

### Neue Instrumente für das Gesundheitswesen

Zwei neue Finanzierungsmechanismen wurden im Gesundheitsbereich eingeführt. Der eine soll den Zugang armer Länder zu Aids-, Malaria- und Tuberkulosebehandlungen erleichtern: Frankreich beschloss 2006 zusammen mit vier anderen Ländern, auf Flugtickets eine Solidaritätsabgabe zugunsten der Unitaid zu erheben, einer Einkaufszentrale für Medikamente. Acht Länder haben die Abgabe eingeführt, 15 weitere sollen folgen. Zum andern beschleunigt die im Januar 2006 lancierte International Finance Facility for Immunisation (IFFIm) den Zugang zu Impfstoffen mittels Geldmarktanleihen; die IFFIm emittiert von sechs Geberländern garantierte Anleihen, und die Geberländer verpflichten sich, diese im Verlauf von zwanzig Jahren zurückzubezahlen.

Dollar zurück. Die Schweiz lag mit einer Quote von 0,37 Prozent leicht über dem Durchschnitt. Ein prozentualer Anstieg der ODA ist jedoch nicht zwingend mit ansteigenden Geldströmen in Richtung Süden gleichzusetzen. Vielmehr widerspiegelt dieser vor allem die im Rahmen der Entschuldung verrechneten Beträge. Die Spitzenwerte der Jahre 2005 und 2006 ergaben sich nämlich aus dem massiven Erlass irakischer und nigerianischer Schulden. Denn die meisten Geldgeber verbuchen Gelder, die zu Entschuldungszwecken gesprochen werden, als ODA. Die Länder des Südens bemängeln diese Praxis, weil diese dazu führe, dass sie die Entschuldungsmassnahmen quasi selber finanzieren.

### Neue Mechanismen

Zur Ergänzung der ODA empfahl der Monterrey-Konsens, neue Finanzierungsquellen zu erschliessen. Seither standen verschiedene Massnahmen zur Debatte. Vorgeschlagen wurden beispielsweise weltweite Abgaben z.B. auf Finanztransaktionen, Flugtickets, Waffenverkäufen oder eine Weltlotterie. Aber auch Kapitalmarktanleihen, die langfristig von Geldgebern getilgt würden. Doch keiner dieser Vorschläge fand einhellige Zustimmung. Die Schweiz gab 2005 zu verstehen, dass zurzeit keine Beteiligung vorgesehen sei. Eine beschränkte Anzahl Staaten errichtete dennoch zwei Systeme (siehe Randspaltentext).

In jüngster Zeit führten neue Herausforderungen dazu, dass die Diskussionen um die Suche nach neuen Finanzierungsquellen wieder angeheizt wurden. Insbesondere die Bekämpfung der Ernährungskrise und die Unterstützung der Länder des Südens bei der Anpassung an die Klimaveränderungen erfordern hohe Summen. Allein letztere werden bis 2015 jährlich 86 Milliarden Dollar verschlingen.

Als wichtigste Verursacher von Treibhausgasen müssten die Industrieländer die Hauptlast dafür tragen. Wenn Sie dazu die ODA-Budgets anzapfen, bleibt für Entwicklungsprogramme kaum noch etwas übrig. Im Süden plädiert man deshalb dafür, die beiden Problemkreise getrennt zu behandeln und die Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel aus zusätzlichen Quellen zu finanzieren.

### Hoher Ressourcenverlust

Die Schweizer Nichtregierungsorganisationen (NGO) bekennen sich zur Einführung weltweiter Steuern und fordern eine Erhöhung der ODA auf 0,7 Prozent. Allerdings sei ein anderes Problem viel brennender, bemerkt François Mercier von Brot für alle: «Bevor Hilfeleistungen erhöht werden, muss man unbedingt die Kapitalflucht in den Griff bekommen. Die Länder des Südens werden finanziell regelrecht ausgeblutet, was die Mobilisierung der eigenen Ressourcen untergräbt.»

Gemäss Schätzungen fliessen Jahr für Jahr zwischen





**Ohne genügend Investitionen in die Bildung und das Gesundheitswesen können sich keine Wirtschaft und kein Staat entwickeln**

500 und 800 Milliarden Dollar schmutziges Geld aus diesen Ländern ab – das heisst fünf- bis achtmal soviel wie die ODA. Es stammt aus Korruption, Unterschlagung, kriminellen Aktivitäten (u.a. Waffen- oder Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Fälschungen) und Steuerumgehung, besonders von multinationalen Konzernen. Diese bedienen sich verschiedener finanzieller Konstrukte, beispielsweise sogenannter Transferpreise zwischen Filialen einer Gruppe, um ihre Erträge an den Steuern vorbei heimzuschleusen. Reiche Steuerpflichtige zögern ihrerseits nicht, ihr Vermögen diskret auf ausländische Finanzplätze zu transferieren. Das weltweite Netzwerk Tax Justice Network schätzt den jährlichen Verlust der armen Länder infolge von Steuerumgehung auf 50 Milliarden Dollar.

### 3357 Milliarden Dollar Schulden

Der Schuldendienst, der die Staatseinnahmen zu einem grossen Teil auffrisst, ist ebenfalls Teil des Ressourcenverlusts. Deshalb finanzieren die Geldgeber zwei 1996 und 2005 geschnürte multilaterale Entschuldungsinitiativen mit dem Ziel, die Schulden der ärmsten Länder auf ein erträgliches Mass zu reduzieren. Diese Mechanismen führten bereits in 33 Ländern (wovon 27 in Afrika) zu Entlastungen; die frei werdenden Summen kamen der sozialen Wohlfahrt zugute.

Laut François Mercier ist das Problem damit aber nicht gelöst: «Nur wenige sind begünstigt, und die

Schuldenlast bleibt drückend, vor allem für Länder, die nichts von diesen Initiativen haben, weil sie knapp über der Armutsgrenze liegen.» Ende 2007 belief sich die Gesamtschuld der Entwicklungsländer noch auf 3357 Milliarden Dollar.

Stehen sie finanziell erst einmal wieder auf gesunden Beinen, laufen die Nutzniesser ausserdem Gefahr, sich wieder zu verschulden. Private Gläubiger und neue Geldgeber wie China setzen alles daran, ihnen Kredite zu gewähren.

### Zweischneidiges Schwert

Im Hinblick auf private Finanzströme Richtung Süden setzte der Monterrey-Konsens hauptsächlich auf ausländische Direktinvestitionen (FDI). Die Übernahme von Unternehmen oder der Aufbau von Filialen durch ausländische Investoren sollte Arbeitsplätze schaffen und die Armut verringern. Die Fortschritte bestechen aufgrund des Volumens: Der Zufluss von FDI in Länder des Südens hat sich seit 2003 verdoppelt und erreichte 2006 325 Milliarden Dollar. Leider konzentrieren sich diese Ressourcen auf rund zehn bedeutende Schwellenländer.

«Investoren sind keine Philanthropen. Sie lassen sich da nieder, wo sie am meisten verdienen können. Kein Unternehmen siedelt sich in einem Land ohne Infrastrukturen an, dessen Arbeitskräfte nicht nur unterqualifiziert, sondern auch noch bei schlechter Gesundheit sind», erläutert Jean-Mi-

### Raubvögel kreisen über armen Ländern

Skrupellose Finanzgesellschaften, sogenannte Aasgeier-Fonds, schlagen aus den Entschuldungsmassnahmen Profit, indem sie darauf spekulieren, dass arme Länder ihre Zahlungsfähigkeit wiedererlangen. Ein Aasgeier-Fonds kauft zum Spottpreis die Schulden eines noch überschuldeten Landes. Normalerweise sind die Gläubiger bereit, sich von Wertpapieren zu trennen, die praktisch wertlos geworden sind, weil das Schuldnerland insolvent ist. Anschliessend durchläuft das Land den Entschuldungsprozess und seine Finanzen gesunden, was den Wert der Schuldforderungen automatisch steigert. Nun klagen die Spekulanten die Tilgung der Schuld zu ihrem ursprünglichen Wert vor Gericht ein. So wurde 2007 Sambia von einem britischen Gericht zur Zahlung von 17,5 Millionen Dollar an einen Aasgeier-Fonds verurteilt.



Vanessa Vok/Redux/af

ChinaFotoPress/af

Redux/af

REA/af

## Hilfe bleibt im Norden

Offizielle Statistiken liessen das Volumen der Hilfe grösser scheinen, als es in Wirklichkeit sei, behauptet Concord, ein Zusammenschluss europäischer NGO. Mit buchhalterischen Tricks werde es aufgeblasen. Die Geldgeber schliessen denn auch Ausgaben ein, die gar nicht tatsächlichen Geldtransfers Richtung Süden entsprechen, darunter als Spenden verbuchte Schuldenerleichterungen und Kosten zur Eingliederung von Flüchtlingen. Diese «Geisterhilfe» macht knapp ein Drittel der Entwicklungsbudgets aus. Das waren beispielsweise 13,5 Milliarden der im Jahr 2006 von den EU-Mitgliedsstaaten gewährten 47,5 Milliarden Euro ODA; überdies wurden 6,7 Milliarden Euro für technische Unterstützung eingesetzt, also vor allem für die Löhne der europäischen Berater.

chel Servet, Professor am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung in Genf. «Länder mit geringem Einkommen brauchen deshalb weiterhin öffentliche Hilfe, um wirtschaftsfreundlichere Bedingungen zu schaffen.»

Die Länder des Südens reissen sich denn auch um Investoren und bieten ihnen insbesondere Steuerbefreiungen an. «Dieser Wettlauf um FDI kann auch dazu führen, dass man die Augen vor der Verletzung ökologischer Grundsätze oder des nationalen Arbeitsrechts verschliesst», sagt Markus Eggenberger von der DEZA-Sektion UNO-Entwicklung. Das Resultat: Manche Fabriken verschmutzen die Umwelt ungestraft und Angestellte arbeiten nicht selten unter miserabelsten Bedingungen gegen ein klägliches Entgelt.

## Luft für Privathaushalte

Eine weitere wichtige Quelle von Privatkapital sind Geldüberweisungen von Emigranten. Innerhalb von fünf Jahren soll sich der Betrag von 120 Milliarden im Jahr 2002 auf 240 Milliarden im Jahr 2007 verdoppelt haben. Diese sogenannten Rimmessen ergänzen das Einkommen der Familien. In der Regel werden damit eher Konsumausgaben fi-

nanziert als produktive Investitionen getätigt. Deshalb haben sie auf die langfristige Entwicklung kaum Einfluss.

Verschiedene Initiativen versuchen nun, diesen Geldsegen auf Projekte zu lenken, von denen die Bevölkerung vor Ort profitiert. Noch wird der Geldtransfermarkt weltweit dominiert von der Firma Western Union, die sehr hohe Gebühren einstreicht. Jahr für Jahr versickern deshalb Milliarden von Dollar in Transaktionsgebühren, statt den Familien der Migranten zugute zu kommen. Nach und nach bieten allerdings auch andere Marktteilnehmer, insbesondere Mikrofinanzinstitute, dieselben Dienstleistungen zu vernünftigen Konditionen an.

## Herber Verlust am Zoll

Ebenfalls stark angestiegen sind die Einnahmen aus Handelstätigkeit, dies aufgrund der Liberalisierung des Warenverkehrs. 2006 erreichten die Exporte der Entwicklungsländer 3630 Milliarden Dollar, also den 13-fachen Wert der FDI und den 35-fachen der ODA. Diese Länder machen heute 34 Prozent des Welthandels aus.

Allerdings bleiben die ärmsten auch hier aussen





vor; ihr Anteil erreicht gerade mal ein halbes Prozent. Ausserdem wird die Markttöffnung bisweilen teuer bezahlt: Durch die Reduktion der Zollgebühren entgingen den Ländern des Südens Steuereinnahmen in der Höhe von 20 bis 50 Prozent ihrer Budgets. Dieses Defizit konnten sie bloss teilweise, wenn überhaupt, durch andere Steuereinnahmen kompensieren.

Die letzte Interventionsachse des Monterrey-Konsenses betraf die Reform der Bretton-Woods-Institutionen, die in einer Legitimitätskrise stecken.



Jacob Silberberg/Panorama/Strates

Zahlreiche Kritiker beanstanden insbesondere deren Entscheidungsstrukturen als wenig demokratisch, richtet sich doch die Anzahl Stimmen nach der Finanzkraft der Mitgliedstaaten. Zwar hat der internationale Währungsfond (IWF) Ungleichgewichte beseitigt, die Länder des Südens sind aber immer noch stark untervertreten.

Aufgrund der drakonischen Bedingungen, unter denen der Währungsfonds seine Kredite erteilt, vermeiden es diese Länder wenn immer möglich, bei einer Finanzkrise dessen Hilfe in Anspruch zu nehmen. Diejenigen, welche über die notwendigen Mittel verfügen, haben deshalb enorme Devisenreserven in Dollar angehäuft. Ihre Zentralbanken ertrügen deshalb auch plötzliche und massive Rückflüsse ausländischen Kapitals auffangen. «Wenn man das Vertrauen in den IWF wiederherstellen könnte, benötigten die Schwellenländer nicht mehr so hohe Reserven. Dieses heute immobile Kapital könnte in die Entwicklung investiert werden», stellt Markus Eggenberger fest. Über 3000 Milliarden Dollar liegen momentan auf der hohen Kante. ■

(Aus dem Französischen)

Die Offenlegung der Profite aus dem Abbau von Rohstoffen wie etwa Erdöl in Angola (ganz links), die Stärkung des Finanzsektors (links die Börse in Nigeria) oder weltweite Abgaben auf Flugtickets oder Waffenverkäufen sind Beispiele, welche unter anderem auch von der UNO auf internationaler Ebene diskutiert werden, um insbesondere finanzielle Ressourcen zu generieren

#### Der Süden finanziert den Norden

Der Norden überschwemme den Süden mit Kapital in Form von Entwicklungshilfe, Krediten und Investitionen, lautet die landläufige Meinung. Das Gegenteil ist der Fall. Im neusten «Schweizerischen Jahrbuch für Entwicklungspolitik» zeigt der Berner Ökonom Bruno Gurtner auf, dass die Entwicklungsländer Nettokapitalexportureure sind. Seit zehn Jahren fließt mit der grössten Regelmässigkeit bei weitem mehr Geld vom Süden in den Norden als in umgekehrter Richtung. 2006 betrug der Unterschied 658 Milliarden Dollar zulasten des Südens. Diese Süd-Nord-Transfers beinhalten Schuldendienst, Heimschaffung der Gewinne durch die multinationalen Konzerne, Kapitalflucht und Anhäufung internationaler Devisenreserven. Seit 1984 überstieg der Schuldendienst praktisch immer die von Gläubigern des Nordens neu gewährten Kreditbeträge.

# Lieber ein Mikrokredit als ein vierbeiniges Sparbuch

Armen Ländern mangelt es nicht an finanziellen Ressourcen, die vorhandenen werden vielmehr ungenügend genutzt. Die Länder sind aufgefordert, Strukturreformen einzuleiten, um private Sparbemühungen zu fördern, das Geschäftsklima zu verbessern und das Steueraufkommen zu erhöhen. Wie andere Geldgeber auch, unterstützt die Schweiz diese Bemühungen.



## Aufruf zu Transparenz

In rohstoffreichen Ländern entstammt ein grosser Teil der Steuereinnahmen der Bergbauindustrie. Die multinationalen Konzerne sichern sich mit Steuern und Abgaben das Recht, Öl- und Gasvorräte oder andere Bodenschätze abzubauen. In der Regel werden die Beträge nicht offengelegt. Auch über die Verwendung dieser Gelder, die nur selten der Bevölkerung zufließen, weiss man wenig. Die Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Rohstoffindustrie bringt Regierungen und Unternehmen an einen Tisch, die bei diesen Geldflüssen mehr Transparenz fordern. Die von den NGO unterstützte Kampagne «Publish what you pay» verlangt ihrerseits, dass die multinationalen Konzerne von Gesetzes wegen dazu verpflichtet werden, die den Staaten überwiesenen Summen zu veröffentlichen.

(jls) Arme Bevölkerungsschichten müssen sparen, um sich gegen die Launen des Schicksals – etwa zerstörte Ernten oder Arbeitsplatzverlust – abzusichern. Weil sie jedoch nur selten Zugang zu Finanzdienstleistungen haben, kaufen sie eine Kuh, Schmuck, Gold oder ein Stück Land und stossen diese Reserve notfalls wieder ab. Dieses informelle Sparen ist ebenso unpraktisch wie risikoreich.

Im Lauf der vergangenen Jahrzehnte haben sich aus diesem Grund fernab der Städte Mikrofinanzinstitutionen niedergelassen, um jene Kunden zu bedienen, für die sich Geschäftsbanken nicht interessieren. Dorfbewohner können so ihre Ersparnisse sicher aufbewahren. Und die Institutionen verfügen über Mittel, um Mikrokredite zu vergeben. Denn auch arme Haushalte benötigen Darlehen – sei es um schwierige Situationen zu überbrücken, ausserordentliche Auslagen (Mitgift, Begräbnis) zu decken oder in produktive Tätigkeiten zu investieren.

«Die Mikrofinanz sollte ausgebaut werden. Es gibt noch nicht genügend Institutionen, die komplette Finanzdienstleistungen für Arme anbieten können, also Sparprodukte, Kreditvergabe, Versicherung und

Geldtransfer», bemerkt Hans Ramm von der DEZA-Sektion Arbeit und Einkommen. In zahlreichen Ländern setzt sich deshalb die DEZA für die Stärkung dieser «Banken der Armen» ein, damit sie professionell geleitet werden können und Zugang zu externen Refinanzierungsquellen bekommen.

## Behördenschikanen abbauen

Abgesehen vom Ausbau des Finanzsystems braucht es aber auch andere Reformen, um Wirtschaftswachstum sicherzustellen. Vor allem müssen rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die den Privatsektor fördern. «Unternehmen brauchen klare Gesetze, die ihnen das Recht einräumen, Land zu besitzen, Personal einzustellen oder Waren zu exportieren», erläutert Markus Eggenberger von der DEZA-Sektion UNO-Entwicklung.

Handelstätigkeit wird oft durch viel zu komplexe Verfahren behindert. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) bietet deshalb seinen Partnerländern Unterstützung zur Verbesserung des Geschäftsklimas. In Usbekistan finanziert es zum Beispiel ein



Projekt zur Reduktion der ständigen Kontrollen und anderer behördlicher Schikanen, denen kleine und mittlere Betriebe ausgesetzt sind. Eine Umfrage bei 2500 KMU förderte die wichtigsten Probleme zutage, die ihre Beziehungen zum Staat vergiften. Die Beamten können Weiterbildungsangebote in Anspruch nehmen, die sie dazu anhalten, ihre Methoden zu ändern.

Steuerbehörden, weil so ein sichtbarer Bezug zwischen bezahlter Steuer und Verwendung zugunsten des Gemeinwesens entsteht. So hat sie in drei Städten in Burkina Faso den Bau von Markthallen und Schlachthöfen subventioniert, um den Städten zu höheren Einnahmen zu verhelfen. Die für die Miete der Einrichtungen erhobenen Gebühren dienen der Finanzierung öffentlicher

**Damit die Wirtschaft blühen kann, müssen die Rahmenbedingungen stimmen: Unter anderem unterstützt deshalb die Schweiz den Bau von Schlachthöfen in Burkina Faso und den Abbau behördlicher Schikanen gegenüber kleineren und mittleren Betrieben in Usbekistan**



Thomas Grabke/af

Damit die Wirtschaft blühen kann, müssen die Staaten in den Bau von Infrastrukturen, in Bildung und in das Gesundheitswesen investieren. Die Kapitalgeber decken einen Teil dieses Aufwands. Sie können die armen Länder aber auch darin unterstützen, eigene Einnahmequellen zu erschliessen, also Steuern und Gebühren, deren Niveau meist sehr niedrig ist.

Normalerweise sind diese Steuerbehörden jedoch nicht in der Lage, direkte Steuern systematisch einzutreiben. Und die Steuerpflichtigen sind kaum zu Abgaben bereit, weil sie daran zweifeln, dass der Staat ihr Geld zum Wohl aller einsetzt. Grossunternehmen und Elite entziehen sich dem Fiskus einfach: Sie handeln – wenn nötig mit Schmiergeldern – Steuererleichterungen aus oder verschieben ihr Kapital ins Ausland.

Zahlreiche Staaten haben aus diesem Grund begonnen, ihre Steuererhebungspraxis neu zu gestalten. Sie sind vor allem darum bemüht, den informellen Sektor, der bis zu 90 Prozent der aktiven Bevölkerung beschäftigt, in die Bemessungsgrundlage zu integrieren. Die DEZA unterstützt insbesondere Dezentralisierungsbemühungen der

Anlagen und dem Betrieb der städtischen Verwaltung. «Die Händler sind bereit, Platzgebühren zu bezahlen, weil der Betrieb der Infrastrukturen transparent ist und alle wissen, wohin die Erträge fliessen», erklärt Nathalie Nikiéma vom Kooperationsbüro in Ouagadougou.

### Kapitalflucht eindämmen

Die Mobilisierung eigener Ressourcen erfordert auch Massnahmen gegen Steuerumgehung und Kapitalflucht. Zunächst geht es darum, die GouVERNANZ zu verbessern und Korruption zu bekämpfen. Aber die armen Länder sind auch auf die Mitwirkung ausländischer Finanzplätze angewiesen, um illegales Kapital aufzuspüren und Betrüger zu identifizieren.

Seit einigen Jahren übt die OECD denn auch Druck auf die Steuerparadiese aus, damit diese den benachteiligten Ländern Auskunft geben müssen. Die DEZA unterstützt insbesondere die Korruptionsbekämpfung vor Ort und beteiligt sich an der Rückführung illegaler Gelder. ■

(Aus dem Französischen)

### Schweizer Doha-Beitrag

Im Juni publizierte die Schweiz einen Rapport zuhanden der Internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die vom 29. November bis 2. Dezember in Doha stattfindet. Sie analysiert darin die Umsetzung des Monterrey-Konsenses aus Schweizer Sicht und beschreibt den von ihr geleisteten Beitrag. Dieses «Swiss discussion paper» wurde von drei Departementen (EDA, EVD und EFD) mit Beteiligung von Schweizer Nichtregierungsorganisationen verfasst. Darin steht, von den sechs 2002 in Monterrey bestimmten Interventionsachsen sei «die Mobilisierung eigener Ressourcen am wichtigsten». Kein Land vermag sich nachhaltig zu entwickeln, wenn es ihm nicht gelingt, seinen eigenen Reichtum zu schaffen und ihn effizient einzusetzen.

# Pionierrolle in der Rückführung von Potentatengeldern



Jörgen Schyter/Still Pictures

## Ali Baba und die 30 Räuber

Im Lauf der vergangenen Jahrzehnte haben Staatsoberhäupter Entwicklungsländer um mindestens 100 bis 180 Milliarden Dollar erleichtert. In einer 2007 erschienenen Studie hat das «Comité catholique français contre la faim et pour le développement» die Summen errechnet, um die sich rund dreissig Diktatoren bereichert haben. Unter den grössten Milliardenvermögen erwähnt die Studie den Schah von Persien (35 Milliarden), Mohammed Suharto (15 bis 35), Saddam Hussein (10 bis 40), Félix Houphouët-Boigny (7 bis 10), Ferdinand Marcos (5 bis 10), Mobutu Sese Seko (5 bis 6), José Eduardo dos Santos (4 bis 5) und Sani Abacha (2 bis 6). Bisher wurden erst 4 Milliarden rückgeführt, davon 1,7 von der Schweiz in verschiedene Länder sowie 1,7 von den USA in den Irak. Doch die Plünderer geht weiter: Korrupte Führungskräfte veruntreuen Jahr für Jahr schätzungsweise 40 Milliarden Dollar, was rund 40 Prozent der öffentlichen Entwicklungshilfe entspricht.

**Die Veruntreuung öffentlicher Gelder durch Potentaten verschärft die Verarmung der geprellten Bevölkerung. Als einziger Finanzplatz hat die Schweiz begonnen, die auf Banken deponierten illegalen Gelder systematisch zurückzuerstatten. Die DEZA engagiert sich in der Prozessabwicklung indem sie die Länder des Südens bei den Rechtsverfahren unterstützt, welche zur Rückgabe dieser Gelder führen.**

(jls) Am 24. März 1986 verordnete der Bundesrat in letzter Minute die Sperrung der Konten von Ferdinand Marcos, der eben erst gestürzt worden war und gerade seinen Sparstrumpf in Sicherheit bringen wollte. Das Datum markiert einen Wendepunkt: Bis dahin schlieften von Diktatoren oder ihrer Entourage geraubte Gelder in aller Seelenruhe auf Schweizer Banken. Viele weitere Konten wurden danach eingefroren, und die Schweiz hat zahlreichen Staaten Rechtshilfe gewährt, die ihr Vermögen zurückerhalten wollten. Das dauerte bisweilen. Die Philippinen mussten beispielsweise 17 Jahre auf die Freigabe der Marcos-Gelder warten. Seit Ende der 1990er Jahre jedoch haben die gesetzlichen Rahmenbedingungen die Aufdeckung verdächtiger Transaktionen erleichtert und das Rechtsverfahren vereinfacht. Die Schweiz machte sich anschliessend daran, die noch offenen Akten zu schliessen. «Uns liegt alles daran, dass dieses schmutzige Geld die Schweiz verlässt. Zum einen, weil es jeweils einer hintergangenen Bevölkerung gehört, und zum andern, weil sein Vorhandensein unseren Ruf

schwer schädigt», sagt Botschafter Paul Seger von der Direktion für Völkerrecht des EDA.

Seit 2000 hat der Bund fast 1,7 Milliarden Dollar nach Nigeria, Peru, Kasachstan, Mexiko, Angola, auf die Philippinen und in die Ukraine zurückgeführt. Kein anderer Finanzplatz hat so vielen Ländern so viel Geld erstattet.

## Rückgabe an die Bevölkerung

Das Risiko bleibt, dass diese Summen erneut in die Korruption fliessen, statt endlich der Bevölkerung zugute zu kommen. «Die Staaten sind in der Verwendung der Gelder frei. Aber wir bestehen darauf, dass die Rückgabe transparent erfolgt und das Geld sinnvoll eingesetzt wird», erläutert Paul Seger.

Bisher hat die Schweiz drei derartige Vereinbarungen getroffen, die erste im Jahr 2005 mit Nigeria betreffend der Rückführung von 700 Millionen Dollar, die Ex-Diktator Sani Abacha veruntreut hatte: Die nigerianische Regierung hatte eingewilligt, dass die Weltbank im Nachhinein die Verwendung der Gelder für soziale Projekte und Strassenbau überprüfen konnte.





In Nigeria (ganz links) werden mit rückerstatteten Geldern Strassen gebaut und in Kasachstan Projekte zugunsten benachteiligter Jugendlicher unterstützt

Im selben Jahr kamen Bern und Luanda überein, die nach Angola erstatteten 21 Millionen Dollar zur Finanzierung von Landwirtschaftsschulen und Minenräumaktionen zu verwenden; der DEZA wurde die treuhänderische Verwaltung übertragen. Im Jahr 2007 erhielt Kasachstan 84 Millionen Dollar aus Bestechungsgeldern zurück, die für Projekte zugunsten benachteiligter Jugendlicher eingesetzt werden; auch hier wurde ein spezielles Bewirtschaftungssystem entwickelt.

### Komplexe Verfahren

Die DEZA unterstützt ausserdem Entwicklungsländer, die Rückforderungsprozesse in Angriff nehmen. Nur wenige verfügen über das notwendige Wissen, um die Gelder aufzuspüren, Beweismittel zu sammeln, internationale Rechtshilfe zu beantragen und schliesslich eine strafrechtliche Verurteilung zu erreichen, ohne die die Rückgabe nicht möglich ist.

Solche Verfahren sind lang, teuer und komplex. Die DEZA beteiligt sich an der Finanzierung des 2006 in Basel gegründeten Internationalen Zentrums zur Rückerlangung gestohlener Guthaben (Icar). Dieses Institut bildet Justizbeamte aus Entwicklungsländern aus, damit sie Rechtshilfegesuche stellen können, die vor den Gerichten der verschiedenen internationalen Finanzplätze bestehen können. Die DEZA kann auch Honorare für Anwälte übernehmen, die in der Schweiz die Interessen des bestohlenen Landes wahrnehmen. Sie hat es 1991 für das von Moussa Traoré bestohlene Mali getan.

Dieses Jahr übernimmt sie die Kosten für den Verteidiger der haitianischen Regierung in der Duvalier-Affäre. «Die Rückgabe illegaler Vermögen ist eine neue Herausforderung für die Entwicklungszusammenarbeit. Wir haben in diesem Bereich Pionierarbeit geleistet», unterstreicht DEZA-Projektleiterin Anne Lugon-Moulin.

### Vor dem Steuervogt geschützt

Die Schweiz macht sich die Rückführung von Potentatengeldern zur Aufgabe, lehnt aber Kommunikation über Gelder, die dem Zugriff der Steuerbehörden entzogen wurden, ab. Sie betrachtet Steuerumgehung als strafrechtlich nicht relevant. «Diese Besonderheit ermuntert die Reichen aus Entwicklungsländern dazu, ihr Geld in der Schweiz anzulegen. Deshalb fordern wir, dass Rechtshilfe auch in Steuerbelangen gewährt wird», sagt Jean-Claude Huot, Leiter Fastenopfer Westschweiz.

Die in der Schweiz deponierten, nicht deklarierten Vermögen aus dem Ausland dürften zwischen 1250 und 3600 Milliarden Franken betragen. Den Ländern des Südens sollen deshalb Steuereinnahmen von über 16 Milliarden Dollar pro Jahr entgehen. «Das Gesetz lässt Kooperation bei Steuerumgehungsdelikten nicht zu», räumt Botschafter Seger ein. «Wir kompensieren diese Grenze in gewissem Sinn, indem wir bei nach Schweizer Recht strafbaren Vergehen wie Korruption und Geldwäsche umso wachsamer sind.» ■

(Aus dem Französischen)

### Rückgabepflicht

Die Rückgabe illegal erworbener Vermögen ist eines der Grundprinzipien des im Dezember 2005 in Kraft getretenen Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC). Erstmals zwingt ein internationales Instrument die Finanzplätze zur Rückgabe von Korruptionsgeldern, die durch Führungskräfte oder hohe Beamte ins Ausland geschafft wurden, an die geschädigten Länder. Die dem Übereinkommen beigetretenen Länder sichern sich dabei gegenseitig grösstmögliche Zusammenarbeit und Unterstützung zu. Die UNCAC beschreibt im Detail die zur Vermeidung illegaler Transfers von Korruptionsgeldern und zur Rückgabe veruntreuten Vermögens geltenden Regeln.



Richard Bauer

# Von der Inka-Nuss zum Bio-Commerce

## Megadiversität als Trumpf

Peru zählt zu einer Handvoll von Ländern, die als «Megadiverse» bezeichnet werden. Von 117 katalogisierten Gross-Ökosystemen findet man deren 84 in Peru. Von 32 Klimatypen sind hier 28 vertreten. Immer noch gibt es Pflanzen und Tiere, die von der Wissenschaft kaum erforscht sind. Magisch klingende Namen wie Camu Camu, Yacon, Tara oder Maca stehen zusammen mit Sacha Inchi auf einer Liste von Nutzpflanzen, die dem Andenland Peru neue Exportmärkte erschliessen sollen. Als Geburtshelfer fungieren neben der staatlichen peruanischen Agentur zur Export- und Tourismusförderung (Promperú) das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) sowie die deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ). Im Zentrum stehen Produktion, Verarbeitung und Vermarktung. Allerdings erschweren restriktive Vorschriften wie etwa die Novel-Food-Verordnung der EU den Import in die Industrieländer.

**Nach Jahren wirtschaftlicher Depression blüht das Andenland Peru. Ein liberales Wirtschaftsregime lässt der privaten Initiative freien Lauf. Davon profitieren nicht nur die grossen Bergbaukonzerne dank gestiegener Rohstoffpreise, sondern auch die Kleinbauern in der Provinz. Sie produzieren Produkte, die in den Industrieländern im Trend liegen. Von Richard Bauer\*.**

«Wir haben unser eigenes Erdöl entdeckt!», ruft begeistert Tiburio Cachique und zupft den Besucher am Ärmel. Der drahtige Mann mit dem kühnen Kopftuch und den farbigen Zeichen im Gesicht weist den Weg in den abschüssigen Hintergarten. Der Blick schweift über die sanften Hügel der peruanischen Andenausläufer. In der Ferne ahnt man das Tiefland des Amazonas.

Doch für die bitter armen Bewohner des Indiadendorfes El Wayku in der Nähe des Marktores Tarapoto liegt das frische Glück vor der Haustüre. Sorgfältig biegt der Indiobauer die Blätter der mannshohen Kletterpflanze zurück und ergreift die kleinen grünen Früchte. «Das ist Sacha Inchi, unser Öl», sagt Cachique mit theatralischer Gestik.

## Eine Nuss erobert die Welt

Von Sacha Inchi (ausgesprochen: satscha intschi) profitieren heute Tausende Kleinbauern wie

Cachique. In kurzen regelmässigen Abständen produziert die geheimnisvolle Pflanze prächtige sternförmige Samenkapseln. Diese enthalten die wertvollen ölhaltigen Inka-Nüsse. Bis vor wenigen Jahren bediente sich einzig die Ortsbevölkerung der Nüsse als Nahrungsmittelzusatz und gegen Rheuma. Sacha Inchi war alles andere als ein Produkt für den globalen Markt.

Das änderte sich schlagartig, als ein peruanischer Unternehmer vor knapp zehn Jahren entdeckte, dass die Inka-Nuss den von Kardiologen, Ernährungswissenschaftlern und Kosmetologinnen gesuchten Wirkstoff Omega 3 in grösster Konzentration enthält. Wissenschaftler hatten bereits zuvor die Nüsse auf ihre Zusammensetzung hin untersucht, ohne aber deren Marktpotenzial zu errahnen. Das aus den braunen Nüssen gepresste goldgelbe, nach Salatblättern riechende Öl fand seinen Weg zunächst auf den Markt in der perua-



Karl-Heinz Rauch/Vaf



The New York Times/Redux/af



Richard Bauer



Miguel Gonzalez/af



nischen Hauptstadt Lima, dann nach Japan, die USA und Europa.

Bei der Firma Roda in Lima, die einen Drittel des peruanischen Sacha Inchi-Öls verarbeitet, wollte man es genau wissen: Laut Laborbefund enthält das Öl 48 Prozent Omega 3, 35 Prozent Omega 6 sowie 9 Prozent Omega 9. Diese mehrfach ungesättigten Fette machen das Besondere des Öls aus, das internationale Preise gewonnen hat, und inzwischen zu den besten Speiseölen der Welt zählt. Innerhalb des letzten Jahres hat sich der Kilopreis für ungeschälte Nüsse verdoppelt.

«Die halbe Welt will dank Sacha Inchi schöner und gesünder werden», meint ein junger Agraringenieur, der mit dem Notenbündel in der Hand den Bauern die kostbare Ernte abkauft. Bei Roda schätzt man, dass im Jahr 2007 in Peru insgesamt 60000 Liter Öl aus Sacha Inchi gepresst wurden. Innerhalb von zwei Jahren hat sich damit die Jahresproduktion verzehnfacht. 2008 soll ein neues Rekordjahr werden. Trotz Engpässen bei der Samenbeschaffung rechnet man dieses Jahr mit 120000 Litern feinsten natürlichen Öls.

### Norden und Süden sollen profitieren

Wie viele Entwicklungs- und Transitionsländer verfügt das zwischen Pazifik und Amazonastiefen gelegene Land nicht nur über traditionelle Rohstoffe wie Gold und Kupfer oder Erdöl und Erdgas, sondern auch über vielfältige und für die ganze Menschheit wertvolle biologische Ressourcen. Dazu gehört auch einheimisches Wissen über deren Anwendung.

Peru zählt zu den 17 vom Gipfeltreffen für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg als «megadi-

vers» bezeichneten Ländern (siehe Randspalte). Die Nachfrage nach biodiversen Produkten nimmt aufgrund veränderter Konsumbedürfnisse in den Industriestaaten und neuen Anwendungsfeldern in Biotechnologie und Medizin laufend zu. Davon will Peru im Rahmen der 1992 verabschiedeten Biodiversitätskonvention profitieren.

Dabei geht es nicht nur um sterilen Schutz rarer Spezies, sondern um nachhaltige Bewirtschaftung und internationale Kommerzialisierung. Bei der Genfer Uno-Kommission für Handel und Entwicklung (Unctad) läuft die Initiative – sie wird in Peru auch vom SECO gefördert – unter dem Namen Bio-Commerce. Sorge um die Umwelt, Sozialverträglichkeit und wirtschaftliche Nachhaltigkeit sind die drei Grundpfeiler des Nischenhandels mit den nicht alltäglichen Naturprodukten.

Schon heute gilt Sacha Inchi als Vorzeigestück einer Wertschöpfungskette, die biologische Reserven eines Entwicklungslandes wie Peru in Wert setzt, um diese zu schützen. «Artenschutz und fairer Handel gehen hier Hand in Hand», sagt Ulrich Röttger, der deutsche Biologe, der im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) das Projekt «Perúbiodiverso» betreut. «Nicht nur die Konsumenten im Norden sollen von einzigartigen Naturprodukten profitieren können, auch die Produzenten im Süden sollen gerecht entschädigt werden», sagt Röttger.

### Besser keine Monokultur

Die Bewohner von El Wayku wissen wenig über Bio-Commerce, sind aber überzeugt, dass die Wiege der Sacha Inchi-Pflanze auf ihrem Ge-





Le Figaro Magazine/af

meindegebiet gestanden hat. Von hier aus seien die Samen «ausgewandert», sagt Tiburio Cachique. «Unsere Eltern kannten den Baum und assen die Nüsse. Uns Kindern wurden sie verboten. Wer die Nüsse esse, der lerne in der Schule nichts, sagten sie.»

Cachique ist das nach alten Sitten und Gebräuchen gewählte Oberhaupt des 5000 Einwohner zählenden Dorfes, das viel auf seine Geschichte und Tradition gibt. In El Wayku suchten zur Zeit der Inkas die Chankas, ein rebellischer Quechua-Stamm, Zuflucht. Sie wollten sich der Herrschaft der Inkas nicht unterwerfen und siedelten sich am Rande des Reiches an. Noch heute sprechen sie die alte Indianersprache Quechua, pflegen den überkommenen Baustil ihrer aus Lehmziegeln gebauten, in ockerfarben bemalten Häuser und feiern ihre Feste im Rhythmus der Jahreszeiten.

### Auswandern kommt nicht in Frage

Alberto Amacifen, ein Mann in den besten Jahren und Vater von fünf Kindern, gehört zu den Pionieren im Anbau von Sacha Inchi. Auf seinem Hof hat er schon vor drei Jahren die ersten Versuche mit der Inka-Nuss gemacht. Damals gab es weiterhinaus noch kaum Saatgut zu kaufen. Von den wild lebenden Pflanzen, die bis zu 20 Jahre alt werden, sammelte er mit Frau und Kindern die Samenkapseln ein. Seit er auf einer hektargrossen Parzelle Sacha Inchi für den Markt produziert, hat sich das jährliche Bareinkommen der Familie verdoppelt.

Noch setzt der kluge Bauer nicht alles auf eine Karte: Auf kleinen Äckerchen pflanzt er weiterhin Bohnen, Papaya, Mais und Bananen, die traditionellen Produkte der Region. Denn unvergessen sind die Zeiten, als vor zehn Jahren, zu Beginn des ersten Booms, plötzlich die Absatzkanäle verstopft waren und die Bauern auf den Nüssen sitzen blieben.

Auch bei den Jungen haben Sacha Inchi und der Traum vom schnellen Geld eingeschlagen. Der 22 Jahre alte Marco Sangama hat von seinem Grossvater eine halbe Hektare Land zur Bewirtschaftung erhalten und ohne lange nachzudenken Sacha Inchi angepflanzt. Jetzt wartet er auf die erste Ernte. Vom Ertrag wird er nach alter Väter Sitte die Hälfte seinem Grossvater für die Pacht überlassen müssen.

«Chobachoba» nennt man das Teilen auf Quechua. Sangama ist ausgebildeter Primarlehrer. Doch bald wird der Ertrag aus der Landwirtschaft seinen kümmerlichen Lehrerlohn weit übersteigen. Endlich gebe es Geld und Arbeit in der Region. In die Stadt oder gar nach Amerika auszuwandern, davon will der junge Bauer nichts wissen.

Bereits buhlen zwei Dutzend peruanische Firmen um die Gunst der Kleinlandwirte, darunter auch einige Glücksritter von zweifelhafter Seriosität. Alle wollen sich den Nachschub des knapp gewordenen Produkts sichern und schiessen häufig Geld vor, noch bevor die Samenkapseln reif und eingesammelt sind.

«Hier wird Sacha Inchi gekauft», liest man auf Schritt und Tritt auf handgepinselten Plakaten in Tarapoto, der wirtschaftlichen Metropole des Departements San Martín. Für ihn sei die Beschaffung von genügend Inka-Nüssen zum Altraum geworden, sagt der Filialleiter der Firma Roda. Ihn drängen die Chefs im fernen Lima, mehr und mehr zu liefern, weil längst die Nachfrage das Angebot übersteigt. ■

*\* Richard Bauer war bis vor kurzem Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung in Lateinamerika. Heute schreibt er für die NZZ aus dem Palais des Nations in Genf.*



## Peru und die Schweiz

### Oberste Priorität hat Hilfe zur Selbsthilfe

(bf) Trotz dynamischen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren, leben in Peru noch immer 40 Prozent der Bevölkerung in Armut – in den Berggebieten sogar bis zu 80 Prozent. Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit setzt deshalb seit längerer Zeit gezielt auf Hilfe zur Selbsthilfe. Nach diesem Grundsatz werden bei allen Projekten der DEZA und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) zusammen mit Bauernorganisationen, Behörden, Forschungsinstitutionen und Unternehmen das dafür nötige Wissen aufgebaut und umgesetzt. Dabei konzentrieren sich die Projekte auf drei der ärmsten Gebiete im Hochland Perus – Cajamarca, Cusco und Apurimac. Darüber hinaus haben diverse Projekte in Lima und mittelgrossen Städten die Förderung von Kleinunternehmen, den Handel und die Berufsbildung zum Ziel.

Um das Oberziel der Armutsverminderung zu erreichen, stehen bei der Zusammenarbeit mit Peru drei thematische Schwerpunkte im Vordergrund, welche die bisherigen Erfahrungen sowie die komparativen Vorteile der Schweiz nutzen: Erstens die Stärkung der demokratischen Institutionen, zweitens die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums mit Ausrichtung auf die benachteiligten Bevölkerungsgruppen und drittens die Stärkung der nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Die DEZA verfolgt die Armutsbekämpfung gezielt durch die Förderung einer sozial ausgewogenen Entwicklung und der Schaffung von Einkommen im ländlichen Raum. Dafür werden zum Beispiel Kleinstunternehmen und Produzenten mit Berufsbildungsmassnahmen unterstützt oder die Nutzung und Erhaltung der Artenvielfalt der Kartoffel gefördert. Weiter sollen die

natürlichen Ressourcen und die Bevölkerung vor Naturkatastrophen und Klimawandel geschützt sowie der Zugang zu Trinkwasser und zur Siedlungshygiene sichergestellt werden. Und schliesslich sollen mit verschiedenen Massnahmen die demokratischen Institutionen, die Regionalregierungen, Gemeinden und die Bürgerbeteiligung gestärkt werden.

Das SECO unterstützt seinerseits den Andenstaat bei der Armutsbekämpfung durch die Förderung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums und durch den Einbezug Perus in die Weltwirtschaft. Dies soll mit einer Diversifizierung von Perus Exporten – beispielsweise mit Nahrungsmitteln, Bekleidung oder Biodiversitätsprodukten – geschehen. Weiter werden die Anwendung von Umwelttechnologien u.a. zum Klimaschutz sowie die Modernisierung der Wasserversorgung mittels öffentlich-privater Partnerschaften gefördert. Und schliesslich soll der Freihandel zwischen der Schweiz und Peru durch den Abbau von Zöllen und administrativen Hürden ausgebaut werden.

Momentan unterstützen die DEZA und das SECO Projekte in Peru zur Bekämpfung der Armut mit jährlich rund 20 Millionen Franken. Die Botschaft der DEZA über die Weiterführung der technischen Zusammenarbeit und der Finanzhilfe zugunsten von Entwicklungsländern sieht vor, dass Peru ab 2012 für die DEZA nicht mehr Schwerpunktland sein wird. Das SECO hat hingegen in seiner Botschaft 'Finanzierung wirtschafts- und handelspolitischer Massnahmen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit' Peru neu als Schwerpunkt definiert. ■



Le Figaro Magazine/lat

## Die Stadt der Unsichtbaren



**Albino Ruiz Lazo** ist Journalist und kämpfte einst als Bildreporter gegen die Diktatur, wurde danach Informationschef der Zeitung «El Observador» und später Universitätsprofessor für Journalismus. Das Interesse des Peruaners gilt dem Innenleben der Gesellschaften, und er erforscht dieses auch wissenschaftlich am Institut Fernand Braudel für Weltwirtschaft in São Paulo, Brasilien. Seine Arbeiten über Lateinamerika sind in verschiedenen Publikationen erschienen.

Mit geisterhaften Schritten und gesenkten Blickes steigen sie hinunter von den Hügeln rund um Lima, durchdringen den dichten Morgennebel, welcher Silhouetten und Distanzen verwischt, um zu einem der Stände zu gelangen, wo Tausende von «Mototaxis» auf sie warten, um sie kilometerweit zu einer tiefer gelegenen Busstation zu bringen, von wo aus die Busse die Stadt durchqueren und diese unsichtbaren Peripherie-Bewohner in den wohl erschlossenen Vierteln verteilen, wo sie unbekannten Beschäftigungen nachgehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Im Rahmen meiner Forschungsarbeit über einen neuen Verbrauchertyp entdeckte ich erfinderische Menschen, die auf der Suche nach einer eigenen Arbeit originelle Dienstleistungen anbieten, einen Mikrobetrieb führen oder, mit offiziellen oder Raubprodukten, «paralegitimen» Geschäften nachgehen. Die Glücklichen unter ihnen haben einen Temporärjob gefunden oder sind anonyme Zulieferer des globalen Handels geworden, sind dadurch im Besitz einer Kreditkarte einer der internationalen Supermärkte, die in den Randgebieten Limas wie Pilze aus dem Boden schiessen. Erst vor kurzem haben sie hier ausgezeichnete Geschäftsmöglichkeiten entdeckt: Von den über acht Millionen Einwohnern, die täglich mit Millionen von Kilos an Nahrungsmitteln versorgt werden müssen, leben zwei Drittel in diesen armen Randgebieten.

Millionen von Migranten, die seit Jahrzehnten aus dem Hinterland in die Städte strömen, bilden die grosse Bevölkerungsmasse an deren Peripherien. Sie

entflohen einer Armut, die noch schlimmer ist als diejenige in den höher gelegenen Gebieten der grossen Städte Perus. Denn im Hinterland gibt es weder Trinkwasser, Abflusssysteme noch Zufahrtswege. Hartnäckig geben sie all ihr Geld aus: Zuerst in langwierigen, komplizierten, teuren Formalitäten, dann in urbanen Infrastrukturvorhaben, um einen Anschluss an das Wasser- und Abwassernetz sicherzustellen. Erst damit beginnt sich ihr Leben zu verändern. Die Wohnung erhält eine urbane Note, und ihre Bewohner verwandeln sich von den Unsichtbaren der Stadt in Konsumenten mit Zugang zu Dienstleistungen und Kleinkrediten. Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts wussten diese Menschen nicht, ob sie von Bauern oder Indios abstammten. In Peru zählten sowohl Bauern als auch Indios stets zur untersten sozialen Schicht, ihnen wurde aufgrund eines anhaltenden und nie offen deklarierten Rassismus der Status als Bürger verwehrt.

Es ist der Weg der Unsichtbaren, welcher dem Glanz Limas folgte. Die alten Viertel sind gewachsen, die Bevölkerung fordert gleiche Chancen für alle. Ich kam als Kind nach Lima, ein Unsichtbarer unter vielen, aus einem kleinen Andendorf. Nach langen Abwesenheiten spürte ich die Veränderungen in der Stadt, aber keine so stark wie diejenige der letzten Jahre. Aus dem Meer der Unsichtbaren von gestern entsteht eine neue soziale Gruppe, vergleichbar mit dem wachsenden Körper eines riesigen Wesens, das sich in einer Metamorphose befindet. Das moderne Marketing nennt diese Menschen «die, die sich emporgearbeitet haben». Sie haben die Armenviertel verwandelt indem sie ihre eigene Version von Modernität kreiert haben. Sie sind herausfordernd, genussüchtig. Politik interessiert sie kaum, sie haben auch nicht mehr diesen unsicher geisterhaften Schritt, wenn sie von den steilen Hängen herabsteigen, sie glauben an den Rechtsstaat noch fordern sie etwas von der Regierung. Noch haben sie kein Mittel gefunden gegen das Gefühl der Leere, das der grausame Rassismus der Stadt in ihnen auslöst. Obwohl die Dominanz der «Cholos» in der ganzen Stadt spürbar ist, wird die «Cholostocracia» mit ihren aristokratischen Ansprüchen von der Gesellschaft nach wie vor ignoriert, im besten Fall als Konsumenten anerkannt. Sie haben kein Anrecht auf den Glanz dieser Stadt, was jedoch keine Rolle spielt, denn früher oder später wird die Hartnäckigkeit der Unsichtbaren alles verändern. ■

(Aus dem Spanischen)



The New York Times/Pedro Laif





## Schreckensbilder aus dem Süden

Diesen Sommer verbrachte ich zwei Tage am Filmfestival von Locarno. Ich sah mir nicht nur das spannende Programm Open Doors an, mit dem die DEZA Filmschaffenden aus Entwicklungsländern den Zugang zum westlichen Publikum ermöglicht und kulturelle Begegnungen unterstützt. Ich betrachtete auch viele kürzere Filme aus diesen Ländern.

Möglicherweise habe ich die falsche Auswahl getroffen. Was mir in Erinnerung geblieben ist, sind Geschichten von Unglück, Verzweiflung, Ausweglosigkeit. Menschen in der Sackgasse – Dead Enders, wie die Amerikaner sagen würden.

Diese Feststellung sagt nichts über die künstlerische Qualität der Filme aus. Die Filme sagen aber auch nichts aus über die Länder und Leute, die sie darstellen. Auf der Heimfahrt im Zug dachte ich nach, wie die düsteren Grundstimmungen in die Filme gekommen sind – Spiegelbilder der Entwicklungsländer sind sie jedenfalls nicht.

Ähnliche Grundmuster prägen auch in den Medien das Bild der Entwicklungsländer. Es wimmelt von Katastrophen und apokalyptischer Not, Kindersoldaten, Minenopfern, vergewaltigten Frauen – dazwischen wirken gelegentlich einige weisse Helferinnen und Helfer.

Damit ich nicht missverstanden werde: Alle diese Vorkommnisse und Tragödien gibt es. Sie sind real. Und es ist wichtig, sich dagegen zu wehren. Die DEZA leistet auf vielfältige Weise ihren Beitrag.

Dennoch habe ich selber diese Länder anders erlebt. Von keinem anderen Arbeitsort sind mir so viele Anekdoten und bunte Geschichten, witzige Personen und Begebenheiten in Erinnerung ge-

blieben, wie aus den Jahren, die ich in Afrika verbrachte. Weder von meinem Alltag in Paris, Brüssel, Genf oder New York könnte ich ähnliche Geschichten erzählen – aus Bern schon gar nicht.

Auch in der Inland-Berichterstattung wird viel über Unfälle und Verbrechen berichtet und kaum vom korrekt fahrenden Auto oder anständigen Zeitgenossen. Es besteht aber ein wichtiger Unterschied: Wenn wir Schreckensmeldungen über unsere eigene Welt zur Kenntnis nehmen, haben wir zugleich auch eine eigene Erfahrung zur Verfügung. Wir kennen unsere Welt und können erschütternde Berichte einordnen.

Die Wirklichkeit in den Entwicklungsländern kennen die wenigsten aus eigener Erfahrung. Oder sie kennen sie bruchstückhaft von Reisen und kurzen Aufenthalten. Deshalb besteht die Gefahr, dass Stereotypen über sie mit der dortigen Realität verwechselt werden – mit allen Fehlschlüssen und Folgen.

Damit tun wir nicht nur den Menschen in den Entwicklungsländern unrecht. Wir täuschen uns auch selber. Wir sehen nicht das Potenzial und den Reichtum. Wir übersehen leicht die Stärke fremder Kulturen. Und zuletzt verbauen wir uns die Möglichkeit, durch Kenntnisse anderer Welten unsere eigene Welt besser zu verstehen.

Schliesslich gehören die verschiedenen Welten zusammen – sie sind eine Welt. ■

*Martin Dahinden*  
Direktor der DEZA

# Hirten nutzen Nothilfe für Neuanfang



Mathias Rickli/DEZA (2)

**In einer Notsituation können Betroffene sich selber oft am besten helfen. Vorausgesetzt, sie verfügen über entsprechende Mittel. Deshalb unterstützte die DEZA von 2002 bis 2006 in der Mongolei Hirtennomaden, die in Existenznot geraten waren, mit einmaligen Cash-Zahlungen. Mit grossem Erfolg, wie sich heute zeigt.**

(gn) Eine Häufung von trockenen Sommern, gefolgt von extremen Wintern, in denen die Steppe mit einer Eisschicht überzogen war und die Tiere kein Futter mehr finden konnten, brachte Tausende von Hirtennomaden in der Mongolei an den Rand ihrer Existenz. Die Tiere starben massenweise, 2002 war ein Drittel des mongolischen Nutztierbestandes tot. Eine Katastrophe für das riesige, zwischen Zentral- und Ostasien gelegene Land, in dem ein Grossteil der Bevölkerung von der Viehzucht lebt.

Wie einige andere Hilfswerke und Entwicklungsagenturen importierte die DEZA damals in einer ersten Phase Futter und Nahrungsmittel aus dem benachbarten Russland in die Mongolei, um den Menschen zu helfen. «Das Einführen und Verteilen von Hilfsgütern in einem so grossen und dünn besiedelten Land wie der Mongolei ist extrem aufwändig», sagt Mathias Rickli, Programmverantwortlicher für «Cash for Herders» bei der DEZA.

Deshalb beschloss man, die positiven Erfahrungen, die man mit sogenannten Cash-Projekten auf dem Balkan und im Kaukasus gemacht hatte, auch für die Mongolei zu nutzen. «In einem Kontext, wo die klassische Nothilfe so grosse Overhead-Kosten

verursacht, bot sich der innovative Cash-Ansatz geradezu an», erinnert sich Mathias Rickli.

## **Enge Zusammenarbeit mit lokalen Behörden**

Um Rahmenbedingungen und Ausgestaltung des Projektes abzuklären, reiste Rickli zusammen mit dem designierte Projektleiter Carlos Marbach in die Provinz Gobi-Altai, die vom Massensterben der Tiere, dem sogenannten Dzud, am meisten betroffen war.

In enger Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und Dorfverantwortlichen sowie mit der Unterstützung des Schweizer Honorarkonsuls und heutigen DEZA-Koordinators Markus Dubach wurden die Kriterien für die Auszahlung von Hilfsgeldern an Bedürftige festgelegt: Viehzüchter, die alle ihre Tiere verloren hatten, sollten einen einmaligen Betrag von rund 250 Franken erhalten – dies entsprach ungefähr dem Wert von 13 Schafen. Wer weniger als 50 überlebende Tiere in seiner Herde hatte, konnte ebenfalls vom Cash-Programm profitieren, und für Notleidende, die nicht in dieses Schema passten, wurde zusätzlich ein «Fonds für Härtefälle» eingerichtet. Ziel der Aktion war es, den Begünstigten zu ermöglichen, mit





dem Geld eigenverantwortlich den bevorstehenden Winter zu überbrücken.

### **Vielfältige Verwendung**

Anfänglich stiess das Projekt auf grosse Skepsis: Befürchtungen, dass die Hirten das Geld versaufen könnten, statt es für das Überleben der Familie einzusetzen, wurden laut. Die Abklärung vor Ort zeigte aber, dass die Begünstigten die Auszahlung als Vertrauensbeweis verstanden und die Mittel besonnen und vielfältig nutzten.

«Mich beeindruckte vor allem jener Mann, der uns erklärte, dass er vom Geld eine Kuh, ein Kalb und ein Pferd kaufen wolle – um dann mit dem Pferd die Milch der Kuh zum Verkauf ins nächste Dorf transportieren zu können», erinnert sich Mathias Rickli. Beispiele dafür, wie das Geld kreativ verwendet wurde, gibt es viele: Eine Hirtenfamilie, die alle Tiere verloren hatte, zog in ein Dorf und investierte einen Teil des Geldes in Mehl, aus dem sie Kleingebäck herstellte, das sie verkaufte. Damit konnte sie sich nicht nur über Wasser halten, sondern später auch wieder Schafe und Ziegen kaufen und so einen Neuanfang als Viehzüchter wagen. Rund ein Drittel des Nothilfegeldes wurde von den Begünstigten in neue Tiere investiert; viele nutzten die Gelegenheit auch für die Anschubfinanzierung eines zweiten Standbeins nebst der Viehzucht oder für die Tilgung von Schulden. Ein Grossteil des Geldes wurde aber, wie zu erwarten war, für Nahrungsmittel und Tierfutter ausgegeben sowie für medizinische Versorgung, Transportkosten oder Feuerholz.

Aufgrund der positiven Erfahrungen in Gobi-Al-

tai, wurden in den darauf folgenden Jahren in weiteren drei Provinzen «Cash for Herders»-Projekte durchgeführt. «Im dritten und vierten Jahr wurden die Begünstigten nicht mehr aufgrund von Tierhaltungsstatistiken ausgewählt, sondern allein von lokalen Selektionskomitees bestimmt, was eine weitere Senkung der Verwaltungskosten ermöglichte. Zudem zahlten wir das Geld nicht mehr bar aus, sondern überwiesen es, dank einem funktionierenden Bankwesens, den Begünstigten direkt auf ihr Bankkonto. So haben wir, gestützt auf die jeweils neu gewonnenen Erfahrungen, das Projekt immer weiter optimiert», erklärt Mathias Rickli.

### **Nachhaltiger Erfolg**

Ursprünglich war das «Cash for Herders»-Projekt lanciert worden, um den ärmsten Familien, die mit dem Dzud ihre Existenzgrundlage verloren hatten, über den folgenden Winter zu helfen. Umso erfreulicher ist seine nachhaltige Wirkung: Sechs Jahre nach den ersten Auszahlungen in Gobi-Altai erklärten 56 Prozent der damals Begünstigten, dass es ihnen heute dank der damaligen DEZA-Zahlung besser gehe. Dazu beigetragen hat auch das Klima, das seit 2002 keine Extremsituationen mehr provoziert hat.

Doch das kann sich jederzeit ändern. Die Hirtennomaden bleiben nach wie vor stark bedroht von klimatischen Katastrophen. Deshalb sollen nun die Erfahrungen aus dem Cash-Projekt der DEZA unter anderem in die Entwicklung von Viehversicherungsmodellen einfließen, die speziell auf mongolische Verhältnisse zugeschnitten sind. ■

### **Cash gegen die Not**

Während der Krisen auf dem Balkan und im Kaukasus hat die DEZA im Rahmen ihrer humanitären Nothilfe erstmals Barzahlungen an Familien geleistet, die vor Ort Flüchtlinge aufgenommen und betreut hatten. Von Anfang an wurden diese Cash-Projekte sorgfältig ausgewertet und aufgrund der gemachten Erfahrungen weiter entwickelt. Barzahlungen ermöglichen effiziente Hilfe, weil die Opfer damit in der Lage sind, ihre Situation selber beeinflussen und verbessern zu können. Anfänglich waren diese Projekte umstritten, weil man mit einer Direktzahlung die unmittelbare Kontrolle darüber, was mit dem Geld geschieht, aus der Hand gibt. Heute überwiegt, nicht zuletzt dank zahlreicher positiver Erfahrungen, die Überzeugung, dass sie nicht nur direkt den Begünstigten nützen, sondern auch eine Verbesserung des ganzen Umfelds ermöglichen. Seit 1999 hat die DEZA gegen 40 Millionen Franken bar an Bedürftige und Begünstigte ausbezahlt, unter anderem in der Moldau, im Kosovo, in Albanien, Serbien, Mazedonien, Russland, Georgien, Indonesien, Sri Lanka, Bangladesch und in der Mongolei.

Weitere Informationen unter: [www.sdc-cashprojects.ch](http://www.sdc-cashprojects.ch)

# «Vertrauen schaffen, Gewalt vorbeugen»

Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger der Polizei vertrauen können, wenden sie sich in der Not an die Gesetzeshüter. Dies gilt umso mehr in einem Land wie Bosnien und Herzegowina, das lange Zeit vom Krieg erschüttet war. Ein Projekt der DEZA soll helfen, eine bürgernahe Polizei zu schaffen.

## Komplexes Staatsgebilde

Die politische Gliederung des Staates ist komplex. Seit dem Ende des Krieges, das 1995 mit dem Dayton-Vertrag besiegelt wurde, besteht Bosnien und Herzegowina aus drei Entitäten: Die Föderation Bosnien und Herzegowina (*Bosniakisch-Kroatische Föderation*) und die Republika Srpska (*Serbische Republik*) verfügen über eine eigene Exekutive und Legislative, der Distrikt um die nordbosnische Stadt Brčko untersteht als Kondominium beider Entitäten direkt dem Gesamtstaat. Die Föderation Bosnien und Herzegowina setzt sich aus zehn Kantonen zusammen. Neben den Regierungen und Parlamenten der beiden Entitäten gibt es eine gemeinsame Regierung und ein gemeinsames Parlament für den Gesamtstaat. Die drei Volksgruppen haben je einen Vertreter in einem dreiköpfigen Staatspräsidium. Die Bosniaken und Kroaten wählen ihre beiden Vertreter in der Föderation, die bosnischen Serben ihren in der Republika Srpska.



Martin Roemers/lat

(mr) Gut 13 Jahre nach dem Ende des Krieges hat sich die politische und wirtschaftliche Lage in Bosnien und Herzegowina zwar verbessert, doch nicht wirklich stabilisiert. Das Land besteht aus drei weitgehend autonomen Teilstaaten: Der Föderation Bosnien und Herzegowina, der Republika Srpska und dem Brčko-Distrikt. Die wirtschaftlich schwierige Lage, die trotz eines fünfprozentigen Wachstums noch grossen Nachholbedarf aufweist, lässt die ethnischen Spannungen von Zeit zu Zeit wieder aufflammen.

Vor diesem Hintergrund der ökonomischen und politischen Verunsicherung kommt der Polizeiarbeit eine besondere Bedeutung zu. Ein Projekt der DEZA will unter anderem die Schaffung einer bürgernahen Polizei (Community Policing) in ganz Bosnien und Herzegowina unterstützen, in der die Förderung der Sicherheit und des Sicherheitsgefühls sowie die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft und der Bevölkerung im Vordergrund stehen.

## Kommunikation zu den Bürgern fördern

«Community Policing ist eine Philosophie des Respekts, die sowohl nach innen, im Polizeikorps selbst, wie auch nach aussen gegenüber dem Bürger umgesetzt werden muss», erklärt der Projektleiter

Peter Schorer. Die Polizisten werden in verschiedenen Kursen ausgebildet und erarbeiten gemeinsam Projekte zur Steigerung der Sicherheit und setzen diese dann auch konkret um.

Besonders wichtig in der täglichen Polizeiarbeit sind die Präsenz, die Kommunikation und der Kontakt zu den Bürgern. In einem Grundkurs werden deshalb Trainer in der sogenannten Transaktionsanalyse ausgebildet, das heisst sie lernen mit den Bürgern zu kommunizieren und mögliche Konflikte zu bewältigen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Prävention; hier werden die Polizisten darin geschult, proaktiv zu handeln. Sie lernen, nicht erst auf eine Gewalttat zu reagieren, sondern vorbeugend zu wirken, indem sie beispielsweise Schulwege sichern, das Risiko von Einbrüchen in parkierten Autos mindern oder rechtzeitig Massnahmen gegen andere Gefahren ergreifen.

Ziel des Projektes ist es denn auch, das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung sowie die reale Sicherheit zu steigern. Peter Schorer ist überzeugt: «Nur eine Polizei, die in konstruktivem und vertrauensvollem Verhältnis zur Bevölkerung steht, kann ihre Arbeit zur Zufriedenheit des Staates und der Bürger verrichten.» ■



### Die neue DEZA-Direktion

(itm) Die neue DEZA-Direktion unter Leitung von Martin Dahinden hat nebst den bisherigen Therese Adam (Leiterin Ostzusammenarbeit), Toni Frisch (Leiter Humanitäre Hilfe) und Fulvio Massard (Leiter Support) auch drei neue Gesichter.

**Edita Vokral** ist die Leiterin des Bereichs Regionale Zusammenarbeit, zuständig für die bilateralen Länderprogramme im Süden, später auch im Osten. Vokral wurde 1960 in Prag geboren und ist dort sowie in Khartum und am Bodensee aufgewachsen. Nach ihrer Promotion am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin forschte und lehrte Edit Vokral Altamerikanistik in Lateinamerika sowie an Universitäten in Berlin, Tübingen und Basel. Nach einem dreijährigen Einsatz für die Welternährungsorganisation in Ecuador

wechselte Vokral Mitte der 1990er Jahre in die DEZA, wo sie Sektionschefin des Strategischen Controlling war, das Kooperationsbüros in Mali leitete und weitere Kaderfunktionen ausübte. Im Juni 2003 wurde sie zur stellvertretenden Leiterin des Bereichs bilaterale Entwicklungszusammenarbeit ernannt, im Januar 2008 zur interimistischen Leiterin dieses Bereichs.

Der Bereich Globale Zusammenarbeit, der die multilateralen Engagements der DEZA konzipiert und begleitet, wird von **Jörg Frieden** geleitet. Frieden ist 1953 in Lugano geboren, verheiratet und Vater von vier Kindern. Der promovierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler kam 1986 zur DEZA. Er hielt verschiedene Kaderfunktionen inne, war Berater des Schweizer Exekutivdirektors bei der Weltbank in Washington und leitete das Koordinations-

büro in Mosambik. Von 1999 bis 2003 war er beim damaligen Bundesamt für Flüchtlinge als Vizedirektor für Finanzen und Sozialpolitik zuständig. Danach wirkte er während fünf Jahren als DEZA-Koordinator in Nepal, wo er überdies als Berater im Friedensprozess die UNO-Mission unterstützte. Mit seiner Ernennung zum Leiter des Bereichs Entwicklungspolitik und multilaterale Zusammenarbeit kehrte Frieden am 1. Januar 2008 an die Zentrale zurück. Der Leiter des neu geschaffenen Direktionsstabs, der unterstützende Funktionen wie Planung, Controlling, Finanzwesen, Statistik und Information bündelt, heisst **Martin Fässler**. Fässler, geboren 1950 und aufgewachsen im Appenzell, studierte Sozialwissenschaften und Deutsche Literatur an der Universität Zürich. Nach Absteuern als Jugendarbeiter in Zürich und Senn in den Bündner Bergen

absolvierte er das Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer NADEL und arbeitete in humanitären Operationen der UNO im Irak und in Äthiopien. Fässler kam 1991 zur Humanitären Hilfe der DEZA, wo er die Wiederaufbauhilfe in ex-Jugoslawien und das Schweizer Programm nach dem Genozid in Ruanda aufbaute sowie als Koordinator in Mosambik wirkte. Vor seiner Berufung zum Stabschef leitete er in der DEZA die Sektion Entwicklungspolitik. Martin Fässler ist verheiratet und hat ein Kind. Durch die Reduktion der Direktion von elf auf sieben Mitglieder gibt sich die DEZA schlankere Entscheidungsstrukturen und richtet sich noch stärker auf das Kerngeschäft aus: die Ausgestaltung und Umsetzung einer solidarischen, wirksamen und kohärenten Schweizer Entwicklungspolitik im Dienste der Armutsbekämpfung.

## Was eigentlich sind... Adaptation und Mitigation

(bf) Adaptation (Anpassung) und Mitigation (Verminderung) sind die zwei Leitbegriffe, welche die Klimapolitik der letzten Jahre geprägt haben. Grundsätzlich stehen sie für zwei mögliche Strategien, mit grossen gesellschaftlichen Problemen umzugehen. Eine davon ist die der Anpassung an die Folgen solcher Probleme, der Versuch sozusagen, mit den Ereignissen umzugehen. Im Falle des Klimaschutzes betrifft dies etwa den Anbau oder die Entwicklung von Saatgut, das den veränderten klimatischen Bedingungen besser angepasst sind, im Siedlungswesen den Bau von Dämmen oder das wirksame Verbot, in Überschwemmungsgebieten zu bauen. Die Adaptation geht den Problemkomplex allerdings nicht kausal an, sondern macht das Leben mit ihm erträglicher, bis nächste Verschlechterungen weitere Anpassungen erfordern. Die Mitigation bezeichnet die Bekämpfung der Ursachen. Bezüglich des Klimawandels betrifft dies in erster Linie die Verringerung der Emissionen, welche die wichtigste Ursache für die Erwärmung der Erde sind. Die Entwicklungszusammenarbeit befasst sich traditionellerweise mehr mit der Anpassung. Es stehen Fragen im Vordergrund wie: Wie kann die Landwirtschaft, beispielsweise mit wasserresistenteren Reissorten, besser an die vermehrten Naturkatastrophen wie Überschwemmungen angepasst werden? Die Mitigation hingegen ist für die Entwicklungszusammenarbeit sozusagen Neuland. Die diesbezüglichen Projekte der DEZA befassen sich vorab mit

der nachhaltigen Land- und Wassernutzung, mit der verbesserten Energieeffizienz (beispielsweise bei Öfen für die Backsteinproduktion) und der Förderung erneuerbarer Energien.

Auch wenn die beiden Begriffe praktisch nicht voneinander zu trennen sind, steht auf internationaler Ebene die Adaptation vorab in den Entwicklungsländern im Vordergrund, da diese erwiesenermassen am meisten unter den Folgen des Klimawandels leiden. Von den Industrieländern, die nach wie vor für drei Viertel des weltweiten Schadstoffausstosses verantwortlich sind, wird dafür erwartet, dass sie in verbesserte und neue Technologien investieren, also Migration betreiben.



# Handel als Motor für Entwicklung



**Handel fördert Wohlstand und Frieden – doch nur unter den richtigen Rahmenbedingungen. Diese sind, angesichts der grossen Interessenskonflikte zwischen Produzenten und Konsumenten, zwischen Nord und Süd sowie zwischen Arm und Reich schwierig auszuhandeln – und noch schwieriger, effizient umzusetzen. Von Gabriela Neuhaus.**

Ende Juli 2008 war es wieder einmal soweit: Vertreterinnen und Vertreter der 153 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation WTO verhandelten in Genf über die künftige Gestaltung des globalen Handels. Angestrebt wird von der WTO seit Jahren eine Liberalisierung der internationalen Handelsbeziehungen, die aber gleichzeitig einem fein austarierten Regelwerk unterstellt werden soll, um zwischen ungleichen Handelspartnern eine Art Gleichgewicht herzustellen.

## **Wichtige Rahmenbedingungen**

Diese Zielsetzung, die seit 2001 im Rahmen der sogenannten Doha-Runde verfolgt wird, soll unter anderem den Entwicklungsländern auf dem internationalen Markt zu besseren Chancen verhelfen. Bisher sind allerdings alle Bestrebungen auf dieser Ebene gescheitert, weil sich die Interessen der verschiedenen WTO-Mitgliedstaaten zum Teil diametral widersprechen. Zentrale Streitpunkte sind dabei die Agrarsubventionen, an denen Länder wie z.B. die USA oder die Schweiz festhalten, sowie der Schutz nationaler Märkte durch Zölle und aufwändige Zertifizierungsvorschriften.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was der internationale Handel für Auswirkungen auf die Situation der Ärmsten hat. Kann er tatsächlich zu einem Motor für die wirtschaftliche Entwicklung in den Entwicklungsländern werden, wie dies zum Beispiel der Monterrey-Konsens von 2002 (siehe auch Dossier-Artikel S. 7) fordert? Oder fördert er vielmehr, zum Beispiel durch die internationale Arbeitsteilung oder durch Börsenspekulationen mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, die Ausbeutung der Ärmsten?

«Ich sehe keinen kausalen Zusammenhang zwischen Handel und Entwicklung», gibt Michel Gressot von der Sektion Globale Fragen und nachhaltige Entwicklung bei der DEZA zu bedenken. «Zentral für Entwicklung sind Investitionen, diese können durch Handel angekurbelt werden. Damit diese Investitionen der lokalen Bevölkerung auch etwas bringen, müssen sie aber nachhaltige Wirkung haben und dürfen nicht nur dem schnellen Profit dienen.»

«Handel ist eine Triebfeder für Entwicklung – die Schweiz ist das beste Beispiel dafür», sagt demgegenüber Hans-Peter Egler, Leiter Ressort





The New York Times/Redux/af



Miquel Gonzalez/af



Martin Sasse/af

Handelsförderung beim Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. «Mit dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung werden auch Wissen und Technologien ausgetauscht. Gleichzeitig können mehr Absatzkanäle für die lokal produzierten Güter und Dienstleistungen gefunden werden. Handel und Investitionen bedingen sich gegenseitig: Können Produkte abgesetzt werden, so wird die Produktion ausgebaut, was zusätzliche Investitionen erfordert. Dies brachte auch die rohstoffarme Schweiz weiter.»

Allerdings betont auch er, dass die Qualität der Handelsbeziehungen von entscheidender Bedeutung sei: «Ziel ist, dass jeder an einem Handel Beteiligte davon profitiert. Dafür braucht es entsprechende Rahmenbedingungen. Voraussetzung ist, dass Produktion und Handel auf sozial- und umweltverträgliche Art und Weise durchgeführt werden.»

### Wertschöpfungskette sicherstellen

Ein exemplarisches Beispiel für entwicklungsorientierte Handelsförderung ist das Projekt «Biocomercio Peru», das vom SECO gemeinsam mit der deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ unterstützt wird und zum Ziel hat, den Schutz der Biodiversität mit der Förderung von Handel und Entwicklung zu verbinden.

Herzstück des Projekts ist die Kletterpflanze mit dem schönen Namen Sacha Inchi. Das Öl, welches aus den braunen Nüssen der Pflanze gepresst wird,

enthält verschiedene wertvolle ungesättigte Fette. Diesen Umstand nutzt die Firma Roda, welche seit 2003 in Lima kaltgepresstes Inka-Nussöl herstellt, das sie sowohl in Peru wie auch international vermarktet (siehe auch Artikel Seite 16).

Die Unterstützung des SECO zielt in verschiedene Richtungen: Damit das Potenzial der Inka-Nuss (wie sie auf Deutsch heisst) voll ausgeschöpft werden kann, muss die ganze Kette, vom Bauern in der Amazonas-Region über die Ölproduktion bis zur Vermarktung befähigt werden, ein qualitativ hochstehendes Nischenprodukt für die zahlungskräftigen Märkte herzustellen und dieses auch entsprechend zu deklarieren. «Für viele Produzenten im Süden sind die komplexen Vorschriften für Warendeklaration und Qualitätsnachweis in den Industrieländern Handelshemmnis Nummer eins», sagt Hans-Peter Egler. «Wer Austausch haben will, muss heute dokumentieren können, dass er ein glaubwürdiger Partner ist und sein Produkt den Erwartungen des Marktes bzw. der Konsumenten sowohl im eigenen Land als auch in den Industrieländern entspricht.» Das SECO unterstützt deshalb neben der Verbesserung von Rahmenbedingungen auch die Stärkung von Institutionen und Wissen in den verschiedenen Partnerländern bezüglich der Entwicklung und Erfüllung von international anerkannten Normen und Konformitätsnachweisen.

### Handel als Wirtschaftsförderung

Ein weiteres Beispiel für das mehrschichtige Engagement der Schweiz im Bereich Handel und

**Die Schweiz betreibt gezielt entwicklungsorientierte Handelsförderung: In Westafrika unterstützt sie die Produktion von Biobaumwolle (ganz links), sie trägt das Pilotprojekt 4C-Kaffee massgeblich mit, von dem unter anderem viele Kleinbauern in Mittelamerika profitieren (oben) und in Peru stellt sie die Wertschöpfungskette für das Öl aus der Samenkapsel der Sacha Inchi-Nuss sicher (nächste Seite)**

«Butter oder Kanonen? – das ist nicht die Frage. Wer genug Kanonen hat, wird auch genug Butter haben.»

*Zarko Petan, Schriftsteller und Regisseur, Slowenien*

#### Pilotprojekt 4C-Kaffee

Über 70 Prozent des Weltkaffeehandels werden über die Schweiz abgewickelt – nicht zuletzt deshalb war und ist das SECO eine der treibenden Kräfte hinter der 4C-Initiative (Common Code for the Coffee Community). Sie ist eine öffentlich-private Kooperation zwischen dem SECO und den deutschen Entwicklungsagenturen BMZ und GTZ sowie Vertretern der Kaffee-Industrie, NGOs und Produzentenvertretern aus Entwicklungsländern. Ziel der 4C-Initiative ist es, möglichst alle am Kaffee-geschäft beteiligten Interessensgruppen an einen Tisch zu bringen und in einen freiwilligen Verhaltenskodex einzubinden, der zu einer Verbesserung der Standards bei den Arbeits- und Umweltbedingungen in der Kaffeeproduktion führen soll. Die Unterzeichner der 4C-Initiative verpflichten sich, innerhalb eines vorgegebenen Zeitrahmens ihre Anforderungen an Qualität und Nachhaltigkeit zu verbessern, gehen aber im Umwelt- und Sozialbereich weniger weit als Fair Trade und Bio. Mit diesem Projekt hofft man, die Produktions- und Handelsbedingungen im harten Kaffee-geschäft auf breiter Basis und auch im Massenmarkt nachhaltig verbessern zu können.



Richard Bauer

Entwicklung ist die Unterstützung der Produktion von Biobaumwolle in Mali und Burkina Faso: «Westafrika bietet ideale Voraussetzungen für den umweltgerechten Anbau von Baumwolle, deshalb ist es sinnvoll, diese Einkommensgrundlage dort zu fördern und als Teil einer internationalen Wertschöpfungskette aufzubauen», sagt Hans-Peter Egler. Entscheidend für den Erfolg der afrikanischen Produzenten aber sind Wettbewerbsbedingungen, die nicht durch milliardenschwere Subventionen, wie sie z.B. die USA ihren Baumwollfarmern gewähren, verzerrt werden. Hier leistete das SECO Unterstützung, indem es die vier afrikanischen Baumwollproduzentenländer Benin, Burkina Faso, Mali und Tschad im Rahmen der Doha-Verhandlungen bei der Ausarbeitung ihrer Initiative für einen subventionsfreien Baumwollhandel unterstützt hat. «Dank dieser Initiative muss der Abschluss der Doha-Verhandlungen heute auch die Lösung der Baumwollfrage beinhalten», sagt Egler. «Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, wie wichtig das Regelwerk der WTO gerade für die ärmsten Länder ist, und wie sie es zu ihren Gunsten einsetzen können.»

#### Konkurrierende Interessen

Auch die Schweiz subventioniert ihre Landwirtschaft und kennt Einfuhrbeschränkungen und Importzölle zum Schutz der eigenen Wirtschaft. Allerdings haben seit dem 1. April 2007 Produkte aus den 49 ärmsten Entwicklungsländern (Least Developed Countries) einen zoll- und kontingent-

freien Zugang zum Schweizer Markt, was im ersten Jahr zu einer Zunahme der Einfuhren aus diesen Ländern um über 100 Millionen auf knapp 500 Millionen Franken führte. Sobald aber ein Entwicklungs- oder Schwellenland ein international konkurrenzfähiges Produkt wie zum Beispiel Brasilien seinen Zucker anbietet, kann es nicht mehr mit solchen Zollpräferenzen rechnen.

Zwar haben die Initiativen und Bemühungen zur Verbesserung der Handelsbedingungen für Benachteiligte in den letzten Jahren zahlreiche positive Veränderungen bewirkt, gerade im Bereich von Fair-Trade Produkten aus dem Süden. Andererseits ist der internationale Handel Teil eines global geführten, erbarmungslosen Preis- und Konkurrenzkampfes, in welchem die Grossen den Ton angeben.

Ein Regelsystem, das diese Auswüchse bremst und einen entwicklungsfördernden Handel unterstützt, ist deshalb unumgänglich. Ob es im Rahmen der WTO verwirklicht werden kann, ist nach dem Scheitern der letzten Doha-Runde allerdings mehr als fraglich.

Trotzdem bleibt Michel Gressot von der DEZA optimistisch: «Die Vertreter der Entwicklungsländer sind heute besser informiert und immer mehr in der Lage, ihre Forderungen nach besseren Handelsbedingungen durchzusetzen.» Dabei werde man zur Einsicht kommen, dass es keine Allgemein-formel für «guten Handel» gebe und von Fall zu Fall nach adäquaten Lösungen suchen. ■



# Ungeborenes Kind

Die junge Frau setzt sich ans Steuer. Nervös drückt sie ihren Fuss aufs Gaspedal. Misstrauisch schaut sie in den Rückspiegel, als ob ihr Monster auf den Fersen wären. Die Schönheit der Sonne hat etwas Rücksichtsloses, und mit den paar Wolken am Himmel wirkt die Helligkeit schier noch unerträglicher.

Die junge Frau dreht entnervt am Radioknopf und schaltet ab. Von den Nachrichten, die Unglücksmeldungen herunterbeten, wird ihr bloss noch schlechter. Regenfälle vom Vorabend haben die Erde ins Rutschen gebracht und zwei Tote gefordert, Kleinkinder alle beide. Haitianische Flüchtlinge wurden aus der Nachbarrepublik ausgewiesen, darunter eine Frau im Wochenbett.

Die junge Frau versucht, das Bild der verschütteten Kinder zu verscheuchen. Sie fühlt, wie ihre Augen feucht werden und trocknet sie ungehalten. In ihrem Kopf widerhallt die Stimme desjenigen, der sie nicht mehr liebt – Kummer breitet sich im Auto aus. Reflexartig legt sie eine Hand auf ihren Bauch, als wollte sie so das noch junge Leben darunter schützen. Nein, sie wird dem Mann, der sie nicht mehr liebt, nicht sagen,

dass sie ein Kind von ihm erwartet. Von Liebe unter Umständen will sie nichts wissen.

Ich, die Schriftstellerin, sehe die junge Frau das Steuer herumreissen, um einem über die Strasse eilenden Passanten auszuweichen. Der Zwischenfall hat sie durcheinandergebracht, sie hält ihren Gebrauchtwagen an, den sie in ein paar Monaten abbezahlt haben wird – wenn alles rund läuft, die Miete nicht plötzlich steigt, das Benzin nicht noch teurer wird. Sie hält inne, stellt sich vor, wie es wäre, wegzugehen. Weg aus diesem Chaos, in dem das Leben zu oft schmerzt. Flüchtige Liebe, kein fester Boden, wütende Natur, ein Alltag gespickt mit Geldsorgen, Gewalt, die durch alle Ritzen bis in die Wohnungen dringt und die Herzen vergiftet, der Monster gebärende Hunger. All das vergessen. Abreisen. Die ganze Misere hinter sich lassen, diesen Abgrund, der ihre Träume, ihre Heiterkeit, ihr Lachen zu verschlingen scheint.

Dann fährt sie weiter, die junge Frau. Ihre Mutter und ihre Schwestern sind in Boston oben. Letzten Sommer war sie bei ihnen zu Besuch. Sie warten auf sie, drängen sie, doch endlich nachzukommen, für immer zu

bleiben. Sie könnte. Und weiss nicht, weshalb sie so unschlüssig dasitzt, die richtigen Wörter nicht über die Lippen bringt und die Papiere nicht unterschreiben kann, die sie für immer auf die andere Seite brächten. Dabei würde sie ihrer enttäuschten Liebe so gerne für immer davonlaufen, der Unsicherheit, der Angst, den Strassen voller Schlaglöcher, den verkorksten Schicksalen. Aber etwas Starkes, Unbeugsames in ihr bleibt hart.

Der Gynäkologe hat den Geburtstermin in sechs Monaten angesetzt. Die junge Frau streicht zärtlich über ihren Bauch. Ein zaghaftes Lächeln huscht über ihre Lippen. Sie stellt sich grosse, unwiderstehliche Augen voller Neugier vor, erste Schritte, ein nach ihrem Rockzipfel greifendes Patschhändchen, das mit offenen Armen auf sie zulaufende Kind. Für sie kann dieser zauberhaft schöne Film nirgends anders spielen als hier: Unter dem unerträglich schönen Himmel, inmitten von diesem unbändigen Lebenswillen, wo der Wind aufregende Gerüche vom Meer herweht. Trotz der holprigen Strassen, der Unruhen, der Panik, die sie manchmal erfasst, und der ständigen Angst, dass sich die Lage nicht schnell genug bessert. Nicht schnell genug, um all die kreativen Menschen zu vereinen und der Hoffnung wieder Platz zu machen. Auf dass die künftigen Kinder mitbekommen, wie schön das Leben hier sein kann.

Ich, die Schriftstellerin, sehe in den Augen der jungen Frau einen Hoffnungsschimmer aufblitzen. Entschlossen fährt sie weiter. Auf unserem Weg. ■

(Aus dem Französischen)



Die Haitianerin **Evelyn Trouillot** ist 1954 an ihrem heutigen Wohnort Port-au-Prince geboren. Sie schreibt Romane, Novellen und Gedichte und ist Französischprofessorin an der Staatlichen und an einer privaten Universität. Sie hat Romane, Geschichten und Gedichte auf Französisch und Kreolisch publiziert sowie einen Essay über Kindheit und Rechtsstaat in Haiti unter dem Titel «Restituer l'enfance» (Haïti Solidarité Internationale, 2002). Ihr Roman «*Rosalie l'infâme*» (Dapper, 2003) wurde 2004 in Grenoble mit dem Prix de la romancière francophone ausgezeichnet, und ihr erstes Theaterstück, «*Le Bleu de l'île*», erhielt 2005 einen ersten Preis des Prix Beaumarchais des Ecritures théâtrales de la Caraïbe. Auf Deutsch erschien 1999 der Erzählband «Hallo ... New York».



Roger Lemoyne/Redux/af



# Neues Leben für die «Toten Städte»

**Warum die Menschen die «Toten Städte» in Syrien einst verliessen, bleibt bis heute ein Rätsel. Tatsache ist jedoch, dass die ausserordentliche Geschichte der Gegend und die gut erhaltenen Ruinen vorab von Sakralbauten von immenser kultureller Bedeutung sind. Ein einzigartiges Entwicklungsprojekt verbindet – mit drei Wanderwegen – Kultur, Gouvernanz und Umwelt. Von Maria Roselli.**

Zeitzeugen aus fünf Jahrtausenden erzählen in der Arabischen Republik Syrien die Geschichte des Nahen Ostens, welche auch die Kultur Europas wesentlich mitgeprägt hat. Historisch umfasste das Land nebst dem heutigen Territorium auch die Gebiete Jordaniens, Israels, Palästinas und des Libanons.

Syrien gilt als die Wiege des Christentums, so wird etwa in Ma'alula, einer der ältesten christlichen Gemeinden, noch heute Aramäisch gesprochen. In diesem Land, das heute gegen die von den USA angetriebene politische Isolation ankämpft, regierten die ersten Kalifen, hier wurde das Alphabet erfunden.

Diese grossartige Vergangenheit hat im ganzen Land ihre Spuren hinterlassen.

So finden trotz der seit Jahrzehnten angespannten politischen Lage immer mehr Touristen den Weg nach Damaskus, besuchen Moscheen oder reisen in die Oasenstadt Palmyra, die ihre Berühmtheit

und ihren unermesslichen kulturellen Reichtum der Lage an der Karawanenstrasse zwischen Mesopotamien und Damaskus verdankt. Doch von allen syrischen Städten macht Aleppo mit seinen Moscheen-Kuppeln und Minaretten auf die Besucher den stärksten Eindruck. Die Altstadt Aleppos





wurde denn auch 1986 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt.

### Kulturprojekte als Türöffner

Syrien besitzt zwar ein grosses Entwicklungspotenzial, ist aber nach wie vor mit zahlreichen Entwicklungsproblemen konfrontiert. Dazu gehören ein hohes Bevölkerungswachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit, eine anhaltende Emigration der überdurchschnittlich qualifizierten Arbeitskräfte sowie die Verarmung weiter Bevölkerungsteile. Hinzu kommt ein seit Jahrzehnten aufgestauter wirtschaftlicher, sozialer und politischer Reformbedarf. Die DEZA ist neben der deutschen GTZ eine der wenigen staatlichen Entwicklungsagenturen, die in Syrien überhaupt aktiv ist. Auch für die meisten Nichtregierungs-

organisationen ist es in der arabischen Republik noch schwierig, Bewilligungen für die Durchführung von Projekten zu erhalten. Vor diesem Hintergrund der politischen Verschlussenheit wird jedes Entwicklungsprojekt, so klein es auch sein mag, zu einem möglichen Türöffner für Gespräche mit der Regierung zu Themen wie beispielsweise Gouvernanz und Umwelt. Dies hatte auch der damalige Schweizer Botschafter in Syrien, Jacques de Watteville vor Augen als er 2003 der DEZA den Anstoss gab, im nordwest-syrischen Kalksteingebiet, nahe von Aleppo, ein Projekt der eher aussergewöhnlichen Art zur Erhaltung und Förderung der einzigartigen Kulturstätten, der sogenannten «Toten Städte» zu lancieren. Dank der Unterstützung der DEZA sollten in

Zusammenarbeit mit dem syrischen Kulturministerium antike Pfade wieder hergestellt werden, die die «Toten Städte» untereinander verbinden und es den Kulturinteressierten ermöglichen, die einstigen Kirchenanlagen zu Fuss zu erkundschaften.

### Das Rätsel der «Toten Städte»

Anders als der Name suggeriert, hat es sich bei den rund 700 «Toten Städten» auch zu ihrer Blütezeit vom 4. bis zum 7. Jahrhundert nicht um Städte, sondern eher um Siedlungen und Dörfer gehandelt. Ihre archäologische Bedeutung verdanken sie insbesondere der Qualität der überlieferten Bauten. Auffallend ist vor allem die Dichte der Sakralbauten. Qalaat Samaa (die Simeonsburg), ein grossartiger Kirchen-

bau, bildet das Zentrum eines ehemaligen überregionalen Wallfahrtsortes. Simeon ist der erste der sogenannten Säulenheiligen. Er zeigte seine Verachtung allem Irdischen gegenüber durch die Misshandlung seines eigenen Körpers, verbrachte zunächst längere Zeitabschnitte in Erdgruben und bestieg später immer höhere Säulen. Sein Handeln war eine Metapher für seine spirituelle Entwicklung. Auf der letzten Säule harter die Heilige die letzten 30 Jahre seines Lebens aus. Noch zu seinen Lebzeiten setzte ein lebhafter Pilgerverkehr ein, rund um die Säule entstand eine gewaltige Kirchenanlage – die Region florierte. Weshalb die «Toten Städte» verlassen wurden, bleibt bis heute ein Rätsel. Archäologen vermuten, dass das Abbrechen



Ingelberg Lippmann/Still Pictures

der Verbindungen zu den Märkten des ostmediterranen Raums eine Rolle gespielt habe. Nachdem die Orte in früh-islamischer Zeit von ihren Bewohnern aufgegeben worden waren, blieb der Landstrich bis heute weitgehend unbesiedelt, weshalb viele der Ruinen einzigartig gut erhalten und von grosser kultureller Bedeutung sind.

#### Vom Wanderweg zum Dialog unter den Ministerien

Das Kalkstein-Gebirge besteht aus mehreren zusammenhängenden Bergketten zwischen 400 bis 900 Metern Höhe. Bei einer Breite von bis zu 30 Kilometern erstreckt es sich insgesamt auf 140 Kilometern Länge. Dank des DEZA-Projektes sind nun drei antike Pfade wieder hergerichtet worden (siehe Kasten). Die Wanderwege wurden im November 2007 feierlich eröffnet und aus dem einst kleinen Projekt, für welches die DEZA 195 000 Franken aufgewendet hat, ist ein Ereignis von nationaler Bedeutung geworden,

welches das Interesse verschiedener Ministerien geweckt hat. Diese überlegen sich nun, wie Véronique Bourquin, Programmbeauftragte der DEZA, bestätigt, wie sie das entstandene Potenzial nutzen und weiter entwickeln können. Die DEZA hat einen Überbrückungskredit gesprochen und hofft, mit den verschiedenen beteiligten Akteuren weitere Aktionsfelder zu eruieren. «Die DEZA selbst wird sich nicht an einem Tourismus-Projekt beteiligen. Bisher standen für uns die Erhaltung der Kulturgüter und der Umweltschutz im Vordergrund des Projektes. Nun wollen wir den Dialog unter den verschiedenen Ministerien und die Mitsprache der Bevölkerung fördern», erklärt Véronique Bourquin. Das karge, unwirtliche Gebiet rund um die «Toten Städten» ist nur sehr dünn besiedelt. Die meisten Menschen arbeiten im nahe gelegenen Aleppo als Tagelöhner im Bausektor. Zurzeit werden einige Anwohner in der Instandhaltung der Wanderwege geschult. Die Bevölkerung

soll zudem erfahren, dass die Erhaltung der Kulturstätte für sie von grosser Bedeutung ist und zur Entwicklung des ganzen Gebietes beitragen kann.

Am Anfang stand ein kleines Projekt. Doch wer weiss, vielleicht werden die «Toten Städte» schon bald zu neuem Leben erwachen. ■

#### Durch die «Toten Städte» wandern

Die wiederhergestellten Wanderpfade befinden sich 30 bis 60 Kilometer westlich von Aleppo und verbinden gut 20 Kulturstätten mit Dutzenden römischen Tempeln und byzantinischen Kirchen. Sie sind mit Wegweisern gekennzeichnet und eignen sich – von Aleppo aus – für ein- oder mehrtägige Ausflüge.

**Wanderweg 1:** Ausgangsort ist Brad, die grösste archäologische Stätte Syriens, und führt über 12 km bis nach Kafr Nabo, wo heute noch die Ruinen eines römischen Tempels zu besichtigen sind. Wanderstationen: Kafr Nabo, Borj Haydar, Kalota, Kafr Nabo.

**Wanderweg 2:** Rund 16 km lang, startet und endet er in Sinkhar, der wohl schönsten aller «Toten Städte». Sie ist bekannt für die wunderschönen Villen aus dem 2. und 6. Jahrhundert. Wanderstationen: Surqania, Banastour, Sinkhar, Sheikh Sleiman, Kafr Antin, Batouta.

**Wanderweg 3:** 14 km lang, führt er von Zeus' Tempel in Sheikh Barakat nach Qatoura, wo unter anderem in Fels gemeisselte Gräber aus dem 2. und 3. Jahrhundert zu bewundern sind. Wanderstationen: Qatoura, Sit el Roum, Refadeh, Deir Samaan, Qalaat Samaan, Qatoura.

Weitere Informationen: [www.forgottencities.com](http://www.forgottencities.com)





### Junges peruanisches Kino

Die peruanischen Anden gehören mit ihren Landschaften, Menschen und Inka-Ruinen zu den grossen Attraktionen Lateinamerikas; die Grossstadt Lima zieht Leute aus dem ganzen Land an mit den Verlockungen der Konsumwelt. Diese Facetten des Landes finden sich in zwei herausragenden Spielfilmen gespiegelt, welche die Kraft des jungen peruanischen Kinos aufzeigen. Während «Madeinusa» von Claudia Llosa uns in ein Andendorf entführt und daselbst in die «Heilige Zeit» hinein, in der die Gesetze aufgehoben sind und alle treiben, was sie wollen, betrachtet Josué Mendez in «Días de Santiago» die schwierige Heimkehr eines Soldaten vom Einsatz im Urwald. Er hat mehr als zwei Jahre seines jugendlichen Lebens dem Land geopfert, das sich im Norden in einem ölbedingten Kriegszustand mit dem Nachbarn Ecuador befindet. Bei der Heimkehr gibt es für ihn keinen Platz, wie für so viele Soldaten auf der Welt. Auch für Salvador, die Hauptfigur in «Madeinusa», gibt es keine Rückkehr in die Stadt mehr, denn er verliert sich in den geheimnisvollen Dimensionen eines Andendorfes. «Días de Santiago» und «Madeinusa» sind als DVDs mit reichhaltigem Bonusmaterial erschienen in der edition trigon-film. Bestellungen und Information: 056 430 12 30 oder [www.trigon-film.org](http://www.trigon-film.org)

### Friedensdorf zwischen den Fronten

In der Region von Uraba in Kolumbien bekämpfen sich seit

Mitte der 1990er Jahre nationale Armee, paramilitärische Gruppen und Guerillas der Organisation Farc. Da vor allem die Zivilbevölkerung unter dem Konflikt leidet, schlossen sich Bauern 1997 zu einer neutralen Friedensgemeinschaft zusammen. Sie wollten ihr Recht durchsetzen, nicht in Kolumbiens Bürgerkrieg hineingezogen zu werden. Die Kriegsparteien reagierten mit Gewalt gegen die Dorfbewohner. Der Film porträtiert die Gemeinschaft bei der Errichtung eines Dorfes auf sicherem Boden und verfolgt das erstaunlich harmlose Treiben der Bewohner. Er lässt verschiedene Protagonisten der Friedensbewegung erzählen, beobachtet spielende, oder den Erwachsenen helfende Kinder. Arbeit und Freude werden ebenso geteilt wie die Trauer: Zum Gedenken an die Opfer wurde ein farbiges Steinmonument errichtet. Ein Film über Solidarität, den Glauben an eine bessere Welt in Frieden und die Arbeit von internationalen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen.

«Hasta la última piedra – Bis zum letzten Stein» von Juan José Lozano, Schweiz/Kolumbien 2006. Dok., 58', DVD, Spanisch, d/f/i/e untertitelt, ab 16 J.; Verleih und Verkauf: Bildung und Entwicklung, Tel. 031 389 20 21, [verkauf@globaleducation.ch](mailto:verkauf@globaleducation.ch);



### Musik

#### Afrikanische Blas-Combo

(er) Afrikanische Musiker lernten in den 1920er Jahren dank kolonialen Militärkapellen europäische Blechblasinstrumente kennen und spielen. Dies sahen die Missionare gerne, galt doch das Trommeln als heidnisch. Die 1984 in der westafrikanischen Republik Benin gegründete Gangbé Brass Band steht in dieser Tradition. Die Acht-Mann-Combo zieht allerdings nicht gedrillt durch die



Strassen, Marschmusik paukend und blasend. Vielmehr hat sie einen eigenständig jazzigen Stil entwickelt, fantasievoll verbunden mit Afro-Wurzeln. So schaffen schwingende Timbres von Posaune, Saxophon, Flügelhorn und zwei Trompeten dichte Hörmomente mit mal swingenden, dann wieder schneidigen Bläserchorussen, in denen Solo-Tupfer funkig aufblitzen. Dazu malen Tuba-Töne federnd-satte Basslinien. An traditionelle Couleurs erinnern galoppierende Perkussionsrhythmen. Schliesslich setzen in die raffiniert gestalteten Klangbilder tiefe und leicht heiser-raue Stimmen stimmige Akzente – und damit beginnen die Füße unweigerlich zu wippen.

Gangbé Brass Band: «Assiko» (Contre Jour/Disques Office)

Verkaufspreis: Fr. 35.– für Unterricht, Weiterbildung und schulinterne Mediotheken; Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, [www.filmeeinewelt.ch](http://www.filmeeinewelt.ch)

Service



### Brazil-Sounds

(er) Seit fünf Jahren gibt's jeweils ein Village du Monde am Paléo Festival Nyon. Angesagt war dieses Jahr ein kontrastreiches Brasilien-Programm voller afrikanischer, amazonischer, afroamerikanischer und -europäischer Klänge und Rhythmen. Und erneut bietet ein liebevoll und umsichtig zusammengestellter Sampler auch zuhause mitreissende Hörmomente: Bereits veröffentlichte Tracks von 15 Exponenten beleuchten einen Musikkosmos zwischen Tradition und Urbanität, Sehnsucht und Lebenslust, Zärtlichkeit und Temperament. Von der Tradition in die Moderne führen Marcelo D2 mit «Samba-HipHop» oder DJ Sandrinho mit «Baile-Funk». Vibrierende Körperperkussion und eindringliche Stimmen der Gruppe Barbatuques lassen traditionelle Grooves anklingen. Vanessa Da Mata sublimiert Volksmusik als Galionsfigur, und ihre anmutige Stimme nistet sich – im Duett mit dem amerikanischen Liedermacher Ben Harper – in Gehörgänge ein wie weitere Brasil-Sounds dieser CD.

*Various: «Paléo Festival Nyon, Village du Monde 2008; Brasil – Couleur Brésil» (Paléo Festival Nyon/Disques Office)*

### Mystische Balance

(er) Altehrwürdige Sufi-Poesie aus dem 13. Jh., Melodien aus dem indisch-persisch-türkischen Kulturraum und Sounds aus US-Studios: Die Balance zwischen spirituellen Versen,

überlieferten Harmonien und moderner Elektronik gelingt dem kalifornisch-iranischen Trio Niyaz und seinen hochklassigen Session-Musikern auf betörend schwerelose Art und Weise. Da sind groovige Grundierungen dank Mischpult meisterhaft verwebt mit den Klängen von traditionellen Instrumenten wie der kelchförmigen Handtrommel Tombak, den Langhalslauten Setar oder Cura, der Spiessgeige Kamman und der Bambusflöte Bansuri. Über den sphärischen Soundtracks erklingt die mal berührend warme, dann wieder hell



schwebende Stimme der Sängerin Azam Ali. Das Eintauchen in diese mystischen Niyaz-Kreationen jagt wohlige Schauer über den Rücken und durch die Seele. Und als wunderbarer Bonus entpuppt sich dabei die zweite Scheibe des ansprechend gestalteten Albums: Die elektronisch getunten Lieder sind nochmals in purer Version eingespielt! *Niyaz: «Nine Heavens» (Six Degrees-Exil-Indigo/Online-Shops wie Weltbild, Chop Records, CeDe)*

### Bildung und Entwicklung

(bf) Die Webseite der Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) erscheint in neuem Kleid und mit erweitertem Angebot. Im verbesserten Webshop, welche sich in erster Linie an Lehrpersonen, Schulen und weitere Bildungsverantwortliche richtet, können Unterrichtsmaterialien zu den Themen Nord-Süd-Beziehungen, Nachhaltige

Entwicklung, Menschenrechte, Kinderrechte, Frieden/Konflikte und kulturelle Vielfalt gesucht und auch gleich online bestellt werden. Neu finden sich auf der viersprachigen Webseite Grundlagen zu den SBE-Kernbereichen: Globales Lernen, Bildung für Nachhaltige Entwicklung und Politische Bildung werden verständlich erklärt. Anhand von Artikeln, Dokumenten und Links werden die diesbezüglichen Entwicklungen im Schulbereich thematisiert, aber auch die praktische, alltägliche Umsetzung in den Schulen wird dargestellt. Sehr beliebt sind die Themenfenster: Eine Zusammenstellung von ausgewählten Lernmedien, Online-Dokumenten und weiterführenden Links bietet spannende Materialien zu einem aktuellen Thema.

[www.globaleducation.ch](http://www.globaleducation.ch)

### Lauf Agu, lauf!

(bf) Zuerst war es eine Abschlussarbeit in Kreativem Schreiben an der Harvard Universität. Dann wurde es – als Ich-Erzählung – zu einem Buch umgeschrieben. Und schliesslich, als das Buch «Beasts of No Nation» 2006 erschien, wurde es zu einer kleinen Sensation und wird seither weltweit mit Literaturpreisen überhäuft. Autor ist der 1982 geborene Amerikaner Uzodinma Iweala, dessen Eltern von der nigerianischen Ethnie der Ibo

abstammen. Sein Erstlingswerk erzählt die Geschichte des neunjährigen Buben Agu. Als der Krieg in Agus Dorf kommt, befiehlt ihm sein Vater: «Lauf! Lauf! Agu lauf!». Und Agu läuft – geradewegs in die Arme der Rebellen und ihres Kommandanten. Diese machen ihn zu einem Soldaten, der in der Folge immer tiefer in die Welt des Chaos und der Gewalt eintritt, als es sich jemals irgendein Junge vorstellen könnte. Das Überleben wird Agus einziges Ziel. Uzodinma Iweala erzählt die Geschichte hastig, in einfacher Sprache und ohne Effekthascherei. So wird sie – obwohl fiktiv – zu einem eindringlichen und eindrücklichen Plädoyer gegen den Krieg.

*«Du sollst Bestie sein» von Uzodinma Iweala, Ammann Verlag Zürich, 2008*

### Bewegende Geschichten

(bf) «Ich möchte dem Betrachter diese Menschen als Individuen zeigen, ich möchte ihre Namen nennen und einen Teil ihrer Geschichte erzählen, sie sollen mehr als nur anonyme Mitglieder einer fremden ethnischen Gruppe sein.» So umschreibt der amerikanische Fotograf Phil Borges seine Frauenportraits im Bildband «Frauen verändern die Welt». Es sind Frauen, die in schwierigsten Umständen daran arbeiten, die Gemeinschaften, in denen sie leben, so zu verändern, dass sie ihren Familien eine bessere Zukunft ermöglichen. So gründete Bkat aus Nezera in Afghanistan ein Textilunternehmen, in dem inzwischen 2200 Witwen nähen, sticken und stricken lernen; so setzt sich Rosaline aus Benin gegen Zwangsehen und Kinderhandel ein; so kämpft Nana Gyetuah in Ghana gegen die Zerstörung der Felder und Plantagen der Dorfbewohner durch die

## Bücher und Broschüren

## Internet





Holzindustrie. Das Buch ist Teil einer Kampagne der unabhängigen humanitären Organisation Care, die sich vorab für die Hilfe und Selbsthilfe für Mädchen und Frauen einsetzt. Es ist ein bemerkenswert unaufgeregtes, äusserst sorgfältig gestaltetes und sehr berührendes Buch – ein Buch über die Hoffnung, das aus der Wirklichkeit schöpft. *«Frauen verändern die Welt» von Phil Borges, Verlag Frederking & Thaler, 2007*

### Der Erste überhaupt

(bf) Der 78-jährige Johan Galtung ist einer der renommiertesten Friedens- und Konfliktforscher. Als erster überhaupt gründete der Prof. Dr. Dr. hc. mult 1958 in Oslo ein Friedensforschungsinstitut und damit auch eine ganze Forschungsrichtung. Seither arbeitet er als Mediator, Berater, Publizist und nahm nach eigenen Angaben weltweit an der Vermittlung und Bearbeitung von 100 Konflikten teil – vom Alltagskonflikt bis zu Konflikten auf geopolitischer Ebene. Nun hat der kosmopolitische Norweger seine Erfahrungen und seine Vermittlungs-

methode «Transcend» im Buch «Konflikte und Konfliktlösungen» zusammengefasst. Es ist für Laien ebenso spannend zu lesen wie für Fachleute. Galtung setzt in seiner Methode «nicht auf Sieg, Niederlage oder allenfalls den Kompromiss einer Partei», sondern auf Dialog und darauf, anstelle der unvereinbaren Ziele neue gemeinsame zu finden.

Das Buch bietet neben der anschaulichen Darstellung der Methode auch Alltagsbeispiele. *«Konflikte und Konfliktlösungen» von Johan Galtung, Kai-Homilius-Verlag Berlin, 2007*

### Heisser Frühling

(bf) Sahar Khalifa ist in ihren Büchern immer wieder für eine Überraschung gut. Sie gilt als bedeutendste palästinensische Romanautorin und wird für ihre Bücher regelmässig ausgezeichnet – zuletzt 2006 in Kairo mit der Nagib-Machfus-Medaille für ihren Roman «Die Verheissung». Die 1941 in Nablus, Palästina, geborene Schriftstellerin verbindet in ihren Büchern immer wieder mit überraschendem Blickwinkel Kritik an der palästinensischen Gesellschaft und Widerstand gegen die israelischen Besatzer. So auch in ihrem neusten Werk «Heisser Frühling» über den jungen Madschid, der im Frühjahr 2002, als die israelische Armee den Regierungssitz von Jassir Arafat in Ramallah belagerte, als einer der letzten das in Trümmern liegende Hauptquartier verteidigte. Sahar



Khalifa, die neben ihrer schriftstellerischen Tätigkeit in Nablus ein Frauenzentrum leitet, schafft es mit eindrücklicher Leichtigkeit und Intensität, die dramatischen Vorgänge mit der Zerrissenheit der Bevölkerung, dem Kampf der Frauen und dem Freiheitskampf ihres Landes zu verbinden – scharfsinnig, unaufdringlich und ohne Pathos. *«Heisser Frühling» von Sahar Khalifa; Unionsverlag Zürich, 2008*

### Nachdiplome

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der ETH Zürich bietet bis im Mai 2009 folgende Weiterbildungskurse an:  
23.2.–27.2. Einführung in Planung und Monitoring  
25.3.–27.3. Dezentralisierung und lokale Gouvernanz im Entwicklungsprozess  
21.4.–24.4. Korruption und Korruptionskontrolle in Entwicklungsländern  
6.4.–9.4. Policy Making in International Cooperation: The Role of Civil Society  
27.4.–30.4. Einführung ins Finanzmanagement von

Entwicklungsprojekten  
6.5.–8.5. Capacity Development in der Internationalen Zusammenarbeit: Vom persönlichen zum organisationalen Lernen  
27.5.–29.5. Aktuelle Fragen der Entwicklungszusammenarbeit  
Anmeldeschluss: Ein Monat vor Beginn des betreffenden Kurses.  
*Auskunft und Anmeldeunterlagen: ETH Zürich, Nadel-Sekretariat, Voltastrasse 24, 8092 Zürich, Tel. 044 632 42 40; [www.nadel.ethz.ch](http://www.nadel.ethz.ch); Mail: [info@nadel.ethz.ch](mailto:info@nadel.ethz.ch)*

### EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

*Weitere Informationen: Vortragservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern; Tel. 031 322 31 53 oder 031 322 35 80; Fax 031 324 90 47/48; E-Mail: [info@eda.admin.ch](mailto:info@eda.admin.ch)*

Verschiedenes

Aus- und Weiterbildung

### Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

### Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

### Redaktionskomitee

Harry Sivec (verantwortlich)  
Catherine Vuffray (vuc - Gesamtkoordination)  
Joachim Ahrens (ahj) Barbara Fournier (for)

Thomas Jenatsch (itm) Jean-Philippe Jutzé (juj)  
Gabriela Spirli (sgq) Andreas Stauffer (stx)  
Beat Felber (bf)

### Redaktion

Beat Felber (bf - Produktion)  
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)  
Jane-Lise Schneeberger (jls)  
Ernst Rieben (er)

**Gestaltung** Laurent Cocchi, Lausanne

**Lithografie** Mermod SA, Lausanne

**Druck** Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

### Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

### Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern  
E-Mail: [info@deza.admin.ch](mailto:info@deza.admin.ch)  
Internet: [www.deza.admin.ch](http://www.deza.admin.ch)

860192226

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

**Gesamtauflage** 53000

**Umschlag** Kalkutta, Indien;  
G.M.B. Akash/Panos/Strates

**ISSN 1661-1667**

**In der nächsten Nummer:**

**Die Ernährungskrise spitzt sich zu – 860 Millionen Menschen hungern und durch weltweit steigende Nahrungsmittelpreise kommen rund 100 Millionen dazu! Ein Dossier zu den Gründen und Auswirkungen der Krise, wie die Ernährungssicherheit verbessert werden soll und was die Schweiz dazu beiträgt.**



The New York Times/Redux/lat